

Abonnementspreis
für die Sonntags-Beilage „Roth
und Erbalt“ einfach. Bringerporto
10 Pf., bei Selbstabholung in den
ausgesteckten 50 Pf. pro Monat.
Für die Post bezogen (Post-
abrechnungs-Nr. 6320) bei Postlesejahr
2,80. Unter Ausland für
Europa und Amerika-Ungarn
1,80, für das übrige Ausland 7 Pf.
pro Briefteiljahr.

Redaktion:
Graingerstraße 22, part.
Sprechstunde
Wochentag von 12 bis 1 Uhr.
Telefon: Eine 1, Nr. 1700.

Teleg. - Adressen:
Arbeiterzeitung Dresden.

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 268.

Dresden, Sonnabend den 19. November 1898.

9. Jahrgang.

Ein neues Lohnsystem.

Dresden, 18. November.

Teils Fortschritte der modernen Technik, teils soziale Umstände, wie das Sinken des Profits in industriellen Unternehmungen haben dahin geführt, daß an verschiedenen Orten die ersten Anzeichen einer neuen Organisation der Arbeit sich bemerkbar machen. Schon vor zwei Jahren hat der Verfasser an diesem Ort hingewiesen auf die Konsequenzen, welche die elektrische Kraftübertragung auf die Arbeitsorganisation in gewissen Industrien hat, das nämlich in manchen Industrien, welche man für klassische der Kooperation, des Zusammensetzens großer Arbeiterschaften hält, eine Dezentralisation stattfindet und sich eine Art Stadt von Hausindustrie und Großbetrieb entwickelt, sicher nicht zum Nutzen der Arbeiter.

Farmer und Fabrikanten im Süden der Vereinigten Staaten haben nun ein neues Lohnsystem ausgeholt, welches durch das zweite oben angeführte Moment verursacht ist und mit großem Raffinement so eingerichtet ist, daß es nicht nur dem Unternehmen große Vorteile verschafft, sondern auch den Arbeitern selbst. Die Vorteile für die Arbeiter sind aber solche, daß zwar dem einzelnen ungenügend genügt, der Klasse aber geschadet wird, da die Arbeiter gebunden sind, sich nicht röhren können, und damit, bei späterem sicheren Druck von Seiten der Unternehmer, völlig wehrlos bleiben.

Das neue, sogenannte Wade-System wird folgendermaßen beschrieben:

Ein Farmer hat z. B. 640 acres Boden kultiviert und eingezäunt und so geteilt, daß in der Mitte 160 acres liegen, wo von 140 acres Wald und 20 acres Feld, welche das Haus des Farmers umgeben, und um dieses große Stück herum 12 kleinere Parzelle von je 40 acres. Der Farmer nimmt nun 12 Neger mit deren Familien auf seine Farm, und jeder der Neger hat eins der aus 40 acres bestehenden Felder zu kultivieren. Als Bezahlung erhält jeder ein Drittel der von dem Feld eingeholten Ernte, während der Farmer zwei Drittel bekommt.

Beide oder mehr derartige Farmer stehen nun zusammen und bauen in die Mitte ihrer Besitzungen eine Fabrik mit allen Einrichtungen, Maschinen u. s. w., meist Baumwoll- und Wollwarenfabriken, hier und da aber auch andere Betriebe.

Jeder dieser Farmer nimmt nun von jedem seiner Neger einen Knaben oder ein Mädchen, läßt diese für sich in der Fabrik arbeiten und zahlt denselben dafür ein Drittel der von seinem Vater eingebrachten Ernte. Die ganze Ernte ist demnach nun so verteilt, daß ein Drittel der Farmer erhält und zwei Drittel die Neger bekommen für die Arbeit auf dem Lande und die Arbeit in der Fabrik. Bargeld bekommen sie überhaupt nicht.

Die zehn Farmer liefern also jeder 12 Knaben oder Mädchen in die Fabrik, ohne einen Cent Lohn zu zahlen. Da die Neger gelehrig sind, so werden sie bald ebenso tüchtig, wie die hochbezahlten weißen Arbeiter, und die alleinigen Ausgaben für den Betrieb sind die für Abruzzung der Maschinen und einige weiße Weiber zur Leitung und Ablösung.

Es gibt bereits bestätigte Fabriken für Baumwoll- und Wollwaren, dann für Konfektion: Fleisch, Gemüse, Früchte u. s. f. Die Neger stehen sich gut dabei, denn sie haben ein viel sichereres und höheres Einkommen wie bei unsicherer Lohnarbeit. Da sie durch größeres Fleisch ihr eigenes und ihrer Kinder Drittel erhöhen, so spannen sie sich natürlich auf das äußerste an und erhöhen so auch das Drittel des Farmers. Dieser steht sich aber offenbar am allerbesten, denn er macht zu dem landwirtschaftlichen Gewinn noch einen industriellen Gewinn ohne Risiko und mit geringer Kapitalanlage. So ist scheinbar allen geholfen.

Das Ganze kommt zunächst aus das System der Gewinnbeteiligung hinaus, das für die Industrie von manchen Idealisten immer noch im Interesse des Arbeiters verlangt wird, während es in der Landwirtschaft unter verschiedenen Formen seit unendlichen Zeiten im Interesse der Besitzer eingeführt ist: von der Mezzadria in Italien, die man theoretisch auch als eine Art Lohnverhältnis betrachten muß, nicht als Pachtverhältnis, bis zum Justmann im ostelbischen Deutschland, der sogar im „Scharverker“ ähnlich wie der Neger im amerikanischen Süden, noch ein weiteres Familien-gleich liefern muß.

Aber wenn man die Sache nicht bloß vom Arbeitersstandpunkt auf sieht, sondern vom allgemeinwirtschaftlichen, so ist etwas Neues in dieser Organisation, nämlich die Verbindung der fabrikmäßigen Verarbeitung mit der Utoproduktion. In gewissen Waren ist dieselbe ja schon hergestellt. So sind bei uns die Fabrikarbeiten meistens Altneuerwerb, deren Aktionäre die Rübenbauern sind, welche sie versorgen; die Rübe ist, daß die voluminöse Rübe wegen der zu hohen Kosten nicht weit transportiert werden kann und eine Fabrik auf jeden Fall nur dann gebaut werden kann, wenn die umwohnenden Landwirte sich zu festen Lieferungen verpflichten. So bauen die Konfektionsfabriken vielfach bereits ihre Früchte selbst; hier ist der Grund, daß sie nur so die für sie nötigen gleichmäßigen Qualitäten erzielen u. s. f.

In allen diesen Fällen sind aber Momente technischer oder sonstiger spezieller Art vorhanden. Im vorliegenden Fall handelt es sich jedoch lediglich um ein allgemein wirtschaftliches Moment. Der Baumwollbauer ist früher noch nie auf den Plan gekommen, seine Baumwolle selbst zu verarbeiten. Bis jetzt ging die Tendenz immer dahin, daß der einzelne Produzent einen immer geringeren Teil der bis zur Konsumfähigkeit der Produkte nötigen Arbeit besorgte, und daß das Produkt, bis es fertig war, durch verschiedene Hände ging. Ursache war, daß nur so alle möglichen

Ersparnisse in der Produktion wirksam gemacht werden konnten. Offenbar kam heute an sich eine große Spinnerei in Oldham die amerikanische Baumwolle besser und billiger spinnen, wie, trotz allem, die Spinnerei der dortigen Farmer, ganz abgesehen davon, daß die allerfeinsten Nummern überhaupt heute nirgends anderswo hergestellt werden können. Wenn es trotzdem offenbar vorstellbar ist, die Baumwolle gleich in Caroline verpinnen zu lassen, so kommt das davon, daß in immer steigendem Maße der Mehrwert den Unternehmen abgenommen wird von den Personen, welche den Austausch der Produkte vermitteln, den Händlern, Maklern, Bankiers, oder, was doppelt sagt, daß die Preisfestsetzung vornehmlich auf Kosten der Unternehmer vor sich gegangen ist, während die Händler im wesentlichen ihre alten Gewinne beibehalten haben. Das hat zur Folge, daß sich überall, wo möglich ist, und wo nicht andere Faktoren jenen Tendenzen entgegenarbeitet haben, heute die Tendenz bemerkbar macht, daß Produkt weiter fertig zu stellen wie früher, selbst wenn das in weniger produktiver Arbeit geschehen sollte, nur um den dazwischen liegenden Handelsgewinn zu sparen.

Italienische Staatsweisheit.

Von der italienischen Regierung ernstliche Reformen zur Besserung der Volkslage erwarten zu wollen, läßt darauf hinaus, als fühe man Feigen von den Toren zu lejen. Ganz in den alten Bahnen bewegt sich denn auch die Thronrede, mit der König Humbert am Mittwoch die neue Tagung des italienischen Parlaments eröffnet hat. Es geht den italienischen Staatsleuten wie den Bourbons; sie haben nichts gelernt aus all dem Missgeschick, das sie betroffen hat. König Humbert weiß für die Unruhen, die sein landesübertreter Herz natürlich schwierig berührte, keine andere Erklärung, als daß an einigen Orten die wirtschaftlichen Wohlstände "von den Agitatorn geschürt ausgebaut wurden", während an einigen anderen Orten "Tumulte infolge antipatriotischer Propaganda und eines wahren Aufsturzgeistes entstanden". Diese schlimmen Bewertheungen machen es denn begreiflich, daß Humbert nunmehr „Ruhe“ für die erste Italienerpflicht erklärt. Stelle sich seinem lehnenden Herzen die Gewissheit ein, daß „die schlimmen Tage sich nicht erneuern können“, so hofft er die Erregeführten, die der Agitation zum Opfer gefallen seien, ihren Familien wiederzugeben. Leider lehnt ja die Erfahrung, daß Staatsleute nur äußerst schwer zu der Überzeugung zu bringen sind, daß die schlimmen Tage der Unruhen sich nicht erneuern können. Das es immer weiter brodelt, dafür sorgt schon die Mitherrschaft der Regierungsmänner und ihres jubelnden Beamtenlagers selbst.

Nicht wenig that sich natürlich König Humberts Regierung darum zu Gute, daß sie einen internationalen Kongreß in Rom zur Bekämpfung des Anarchismus zusammenbringt. Charakteristisch für die Denkwürde, der der Kongreßgedanke entsprungen ist, die Form seiner Kundgebung. Es gilt dabei, "den verbrecherischen Abichten Jügel anzulegen". Man wird also das Polizeiherz vermehren, das diese verbrecherischen Absichten aufzuhalten hat, und bei dieser staatsbedrohenden Tätigkeit werden selbstverständlich wieder eine Anzahl Richtgerichte thätig sein, die sich die Spurkette erleichtern, indem sie die verbrecherliche Absicht erst hervorlocken, wenn sie zögert, hervorzutreten.

Was aber denkt Humbert und seine Männer zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Not selbst zu thun, der sie ja doch wenigstens hier und da einen gewissen Einfluß auf die Entstehung der Unruhen beimesse? Die Andeutungen der Thronrede darüber sind so unklar, daß man sich alles Mögliche darunter denken kann. Man höre nur, was der offizielle Telegraph darüber zu melden weiß:

"Die Thronrede erwähnt jedoch Vorlagen zur Erleichterung und Verbesserung der Lage der landwirtschaftlichen und industriellen Arbeit. Die Regierung wird in dem Betriebe, die Härten des Steuern soviel als möglich abzuschwächen, ohne die Solidität des Budgets dadurch zu gefährden, Vorlagen einbringen, welche auf eine Erleichterung der Lasten und Leiden da, wo sie ja groß sind, hinzu und uns mit alter Weise zu einer gerechteren Verteilung des Lohns und Abgabens führen, welche Zufriedenheit und Staatskraft und Staatskosten auferlegen."

Wenn Bourgeois-Politiker von der Hebung der landwirtschaftlichen und industriellen Arbeit reden, so meinen sie erfahrungsgemäß damit nie die Arbeiter, sondern die Arbeiterschicht. Und so wird denn auch das Wohlwollen der italienischen Regierung darauf hinauskommen, die Steuern zu Gunsten irgendwelcher Unternehmerschichten etwas anders zu verteilen. Bezeichnenderweise füht denn auch das deutsche Agrarorgan, die "Deutsche Tagessch.", jene dumfalen Andeutungen als das "Verbrechen einer Reihe von Maßregeln zur Hebung von Landwirtschaft und Industrie" auf und was die deutschen Agrarier darunter verstecken, ist bekanntlich die Liebesgabenpolitik und Vergünstigung des Kornmarktes.

Wenn aber Humbert der Siegreiche auf das herliche Kriegsheer zu sprechen kommt, so wird er mit einem Male deutlich und klar. Und das zielt sich auch. Das gehört der "bemerkenswerten Haltung des Heeres" bei Unterdrückung der Unruhen, als es mit kaum nennenswertem Verlust mehrere Hunderte schlecht bewaffnete Arbeiter, auch Frauen und Kinder darunter, zur Strecke brachte. Humbert erwähnt die Heldenathen an anderer Stelle, indem er davon spricht, daß die "neuen Armeereglemente einer harten Probe unterworfen worden, die sie glücklich überstanden haben."

Man sollte nun denken, daß die traurigen Erfahrungen, die die ferne und große Großmacht Italien bisher mit ihren Kastenproben in

Interesse
werden die 6 gefalteten Zeitungen
oder deren Blätter mit 15 Pf. be-
rechnet und bei mittelstens freier
Überreichung wird Roberto gestattet.
Überreichungen 10 Pf. Roberto
möchten die Spieldienst 10 Pf. Roberto
und sind in der Saison abgezogen sein
und sind im Winter zu bezahlen.

Expedition:
Graingerstraße 22, part.
Geöffnet ab morgens 8 Uhr
abends halb 8 Uhr.
Telefon: Eine 1, Nr. 1700.
Briefe sind täglich mit Zustellung bei
Zorn- und Heitoge.

der Weltpolitik gemacht hat, selbst den gegenwärtigen Staatsmännern in Rom die Überzeugung beigebracht hätten, daß sie am besten thue, sich innerhalb ihrer grün-weiß-roten Grenzen zu bescheiden. Aber nein, dem Juge der Zeit, der die sogenannten Großmächte mettelernd in eine unselige Flottenpolitik hineintreibt, können auch die italienischen Generale nicht widerstehen. Humbert kündigt an:

"Indem wir in jeder Weise vorsichtig das Staatsbudget aufrecht erhalten, werden wir allmählich unsere Streitkräfte zur See an Zahl und Qualität der Schiffe auf diejenige Höhe bringen, welche unsere geographische Lage und die Bedeutung unserer legitimen Interessen verlangen, in Übereinstimmung mit den Flottenverstärkungen, welche die anderen europäischen Großmächte durchgeführt haben."

Aber ein italienischer Rück vorwärts an der bekannten Kurve ohne Ende! Die Konkurrenzminister werden sich den Hinweis auf die geplante italienische Verbesserung natürlich ihrerseits bei den kommenden Flottenvorlagen nicht entgehen lassen. Hat doch König Humbert es fertig gebracht, in einem Atem mit der Ankündigung einer Flottenvermehrung begeistert seinen Aufschluß an die „Lebe Initiative eines befreundeten Souveräns“ zu allgemeinem Rütteln . . .

So wird regiert. Und weshalb auch nicht? Die Völker äffen es sich ja noch immer gefallen.

Politische Übersicht.

Die Unterwerfung Berlins unter die Elektrizitätsgesellschaft ist perfekt geworden. Mit 66 gegen 51 Stimmen hat die Stadtverordnetenversammlung gestern schließlich die Magistratsvorlage angenommen. Vorher hatten unsere Vertreter noch versucht, dem siegreichen Kapitalring wenigstens einen Kapitalraum anzulegen. Um nämlich der Gefahr einer heftigen Aktionstage zu wehren, beantragte Gewisse Singer die Einführung eines neuen § 29a, wonach die Berliner Elektrizitätswerke verpflichtet sein sollten, ihr Aktienkapital nicht ohne Genehmigung des Magistrats über 20 Millionen Mark zu erhöhen, während die Genehmigung nicht versagt werden darf, wenn die Notwendigkeit der Kapitalerhöhung nur zu Betriebszwecken nachgewiesen werde. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Freunde und Gegner der Vorlage werden sich ungefähr in der nämlichen Weise gruppiert haben, wie bei den früheren Abstimmungen. Unjere neutrale Anregung, die Hauptabstimmung möchte nach der Klasseneinteilung der Stadtverordneten angesetzt werden, hat ja durch eine im "Vormärz" veröffentlichte Analyse bestätigt gefunden. Darin heißt es: "Greifen wir als Beispiel die Abstimmung über den gegen die Magistratsvorlage gerichteten Antrag "Deter" heraus. Erhöhung der Bruttoabgabe von 10 auf 16½ Prozent", so zeigt sich, daß für den Antrag gestimmt haben: 7 Vertreter der ersten, 14 der zweiten und 24 der dritten Klasse; dagegen aber haben gestimmt: 31 der ersten, 19 der zweiten und 14 der dritten Klasse. Alle übrigen Abstimmungen zeigen dasselbe Bild. Nun kann täglich nicht behauptet werden, daß dies nur Zufall sei. Die Stellungnahme der Herren ist auch ohne äußeren Anlaß erklärlich; denn selbst wenn sie sämtlich persönlich keinerlei Beziehungen finanzieller oder anderer Natur zu der vertraglich beschlossenen Gesellschaft haben, so kann doch selten einer aus dem Ideen- und Gedankengesamtheit derjenigen Gesellschaftsschicht heraus, in der er lebt. Sie sind eben, und das geht aus unserer Gruppierung der Abstimmungen hervor, die Vertreter des Geldsackes, der Zwischenklasse!"

Hätte Berlin also keine Klassenvertretung, sondern eine auch nur nach der Zusammensetzung der dritten Abteilung abgegrenzte einheitliche Bürgervertretung, so wäre die Unterwerfung der Stadt unter den Geldsacklager der Elektrizitätsgesellschaft unmöglich geworden. Es ist wichtig, solche schrecklichen Thatsachen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Im Lippe-Zwist, zu dem wir im Beiblatt die Altenstädte veröffentlichten, erwartet nach der "Kölner Volkszeitung" der Bundesrat die Rückkehr des Kaisers, um alsdann gegenüber dem Antrag des Regenten von Schaumburg-Lippe sich würdig zu erklären. Insbesondere ist Herr v. Miquel in diesem Sinne thätig. Man hofft auf diese Weise eine authentische Interpretation des Art. 76 der Verfassung herbeizuführen. Da authentisch ein Verschöngungsartikel nur interpretiert werden kann in Übereinstimmung mit dem Reichstag, werden sich eingehende Debatten gar nicht vermeiden lassen. Das ist die Haupthaft. Was dabei an geistlicher Fixierung des Rechtes von Fürstenkindern auf Ehrenbezeugungen herauskommt, hat für das Volk weiter kein Interesse. Eine Erörterung der Altenstädte selbst erübrigt sich für uns, da ja leider die Gedanken, die sie erneut, bei den herrlichen Preziosen in Deutschland sich nicht ausdrücken lassen, u. d. gleich den Fugen um den heigen Brei herumgleichen, wie die zertrümmerten Schädel von Thron und Altar es in ihrem Nichts durchbohrendem Gefühl machen, dafür bedanken wir uns. Wir sprechen nur den lebhaften Wunsch aus, daß das Licht der Öffentlichkeit noch weiter in die Regionen einbringen möge, aus denen jene Altenstädte stammen. Die Vogel der nötigen Thatsachen hat eine merkwürdig überzeugende Kraft.

Deutsches Reich.

Vom neuen Reichstag wird durch die offiziellen Höherwerber Städte um Städte auf den Markt gebracht. Es ist ein standesamtlicher Zustand, daß die Regierung zu zieht, wie ihre offiziell als Ge-

1. Mai behandelten Vorlagen so offen an die Preßhöfen ver- schickt werden; die anständige Presse muss es ruhig hinnehmen, daß solche, die ganze Offenheitlichkeit interessierende Dinge, wie der Reichstag, dem Publikum durch diese unsauberen Kanäle broadweise vorgeworfen werden. Wenn einmal die Veröffentlichung möglich ist, weshalb wird sie dann nicht amtlich veranlaßt?

Zweit werden die Ankläge über die Zölle und Verbrauchssteuern mitgeteilt. Danach sind die Einnahmen um 40,8 Millionen Mark höher veranschlagt, als im laufenden Jahre.

Davon entfallen 33,7 Millionen Mark auf die Zölle, 0,4 Millionen auf die Tabaksteuer, 3,6 Millionen auf die Rudersteuer, 1/2 Million auf die Salzsteuer, 1,3 Millionen auf die Branntweinverbrauchabgabe, 0,9 Million auf die Brauerei. Bekanntlich werden die Einnahmen der Zölle und Verbrauchssteuern veranschlagt nach dem Durchschnitt des zwei der Etatübersicht vorhergehenden Jahre, also für den neuen Etat nach dem Durchschnitt der vom September 1898 bis August 1898 erzielten Einnahmen. Bei den Zöllen sind von diesem Durchschnittsertrag noch 12,5 Millionen abgesetzt, weil man es für richtiger hält, die besonderen Einnahmen aus den Getreidezöllen nach dem Durchschnitt eines längeren Zeitraumes der Vorjahre zu veranlagten.

Der neue Etat des Reichsamts des Innern schließt bei den fortwährenden Ausgaben mit einem Mehraufwand von 3 592 385 M., bei den einmaligen Ausgaben mit einem Mehraufwand von 3 060 700 M.

Dieser Mehraufwand findet im großen und ganzen durch die mit 3 534 000 M. für 1899 gegen 300 000 M. im Rechnungsjahr 1898 angezeigten Kosten aus Anlaß der Vereilung des Reiches an der Weltausstellung zu Paris i. J. 1900 seine Erklärung. Von den Ansätzen, welche eine Steigerung der fortwährenden Ausgaben zur Folge haben, verdienen besonderes Interesse: die Schaffung einer besonderen Abteilung für die in das Gebiet der Handelspolitik und der Produktionsstatistik fallenden Angelegenheiten beim Reichsamt des Innern, die Einführung zolltechnisch vorgebildeter Beamter in das Statistische Amt, die Errichtung einer medizinischen und einer biologischen Abteilung neben der bereits bestehenden naturwissenschaftlichen Verbrauchs-Abteilung beim Gesundheitsamt, die Erweiterung des Postamtes durch Aufstellung einer neuen Amtsstelle, die vollkommenere materielle und personelle Ausgestaltung des Reichsverkehrungsamtes, die Einführung weiterer Schleppdampfer zur Bewältigung des anwachsenden Verkehrs auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal. Dem Entwurf sind Deutschräten zur Begründung von drei unter den einmaligen Ausgaben aufstrebenden Forderungen beigegeben, betreffend die Errichtung einer Erdbebenstation in Straßburg, die Herausgabe eines Werkes über die sächsische Kapelle, endlich die Herausgabe von Veröffentlichungen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Schulwesens.

Der Kurs ist abermals geändert worden — der Kurs der Kaiserreize nämlich. Diese Reihe weist verschiedene Kursschwankungen auf. Erst Ägypten. Alles war zum Empfange vorbereitet, da hielt es plötzlich der Besuch Ägyptens sei ausgegeben worden. Ob die Polizeianarchisten ihre Attentatspläne gerade deswegen nach Alexandria verlegt hatten, weil sie dort am wenigsten in die Lage kamen, Schaden anzurichten, wird sobald nicht aufgeklärt werden. Die Ansichten gehen heute sehr darüber auseinander, was hier Ursache und was Wirkung war. Dann in Palästina wurde der Kurs zum zweitmalen geändert. Jetzt war in Spanien schon in größter Aufregung, weil der deutsche Kaiser von Malta aus Spanien besuchen wollte. Jetzt kommt plötzlich die Mitteilung, daß diese Absicht aufgegeben worden sei, der Kaiser nach Volla (österreichisch) gehen und von dort über Wien nach Berlin zurückkehren werde. Danach könnte er in circa 3 bis 4 Tagen in Berlin sein. — Wenn nicht unterdrückt der Kurs geändert wird.

Für die Wahl zum ersten Vizepräsidenten des Reichstages dürften nach der "Deutschen Tageszeitung" die Abgeordneten Graf zu Stolberg, Dr. von Frey, vielleicht auch von Levetow in Betracht kommen. — Wenn die sozialdemokratische als zweitstärkste Fraktion auf das Amt verzichtet.

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf von Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes über die Beurteilung des Personenstandes und die Eheleistung vom 6. Februar 1875 dem zuständigen Ausschuß übertragen.

Die Kommission für Arbeiterschaft ist gestern zusammengetreten. Auf der Tagessitzung steht die Vernehmung der Auskunftsperonen über die Verhältnisse der in Schiffs- und Gastwirtschaften beschäftigten Personen, die Feststellung des Berichts betreffend Erhebungen über die Arbeitszeit in Betriebsmühlen und schließlich Erhebungen über die Sonntagsarbeit im Binnenschiffahrt- und Flößereibetrieb, jenes der hierzu eingesetzte Ausschuß in der Lage ist, seinen Bericht zu erläutern.

Krach im ultramontanen Lager. Der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei veröffentlicht eine Erklärung, worin er es für notwendig hält, seine Geschäftsführung gegen die Angriffe aus dem eigenen Lager in Schutz zu nehmen. Es sagt, keine ganze Thäorie sei darauf gerichtet gewesen, Spaltung und Zerwürfnisse zu vermeiden.

Dagegen schreibt die ultramontane "M. Volksstimme":

"Es wird einfach derjenige gewählt, der von Köln aus zu wählen beschlossen wird. Jeder andere wird durch die Presse niedergeschrien und derartig verdächtigt, daß an eine erfolgreiche Wahl nicht zu denken ist."

In der "Volksstimme" kommen die rheinischen Zentrums-aptarier zum Worte.

Ein typisches Beispiel von der Wirksamkeit der sogenannten Vertrauensärzte bei den Berufsgenossenschaften teilt die Berliner Volkszeitung mit. Der Maurer Kremerer hatte sich durch Betriebsunfall eine Armutserkrankung zugezogen und eine Rente erhalten. Nach einiger Zeit wurde aber jede Rentenzahlung eingestellt, da Kremerer nach dem Gutachten eines ärztlichen Sachverständigen von den Folgen des Unfalls niedergeschlagen sei. Als Kremerer einige Jahre nach Einstellung der Rente als Soldat beim zweiten Garderegiment eintrat, erhielt er, nachdem er mehrere Wochen gedienc hatte, seine Entlastung, da er infolge des Unfalls unbrauchbar zum Militärdienst geworden sei. Auf Grund des militärärztlichen Zeugnisses beantragte nun Kremerer aufs neue die Zuwendung einer Rente. Obwohl ihm auch der Oberärzt bestätigte, daß sein Amt infolge des Unfalls derart geschädigt sei, daß er nicht mehr militärisch sei, mußte er es erleben, daß sein Antrag auf Rente in allen Instanzen abgelehnt wurde. Allerdings mit der formell unantichthabaren Begründung, daß keine Veränderung in seinem Zustand seit der Überlebung der Rente eingetreten sei. Aber in welchem Lichte erscheint dann die Berufsgenossenschaft und ihr Vertrauensarzt. Als man ihm die Rente überlannen, war sein Zustand genau so wie jetzt, wo er als untauglich vom Militär auslassen werden muß.

Der Fall ist typisch. Wir haben in unserer langjährigen Praxis als Ratgeber Verleger sehr oft die Erfahrung gemacht, daß Leute, denen man den Krüppel auf den ersten Blick anahm, entweder für ganz gehandelt erklärt oder doch mit einer lächerlich geringen Rente abgefunden wurden.

Das Rentenabrechnungsverfahren bedarf entschieden ebenso einer gründlichen Reform, wie das Renteneinstellungsverfahren. Beides muß vor allen Dingen der Willkür der interessierten Unternehmer der Berufsgenossenschaften entzogen werden.

Die amtliche Enquête über die Fleischnot wird den Agrariern nicht wehe thun. Ein drastisches Beispiel von der Art, wie sie gemacht wird, lieferte der Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Vereins in Landsberg a. W. Dieser hat, wie er mitteilte, die Fragen des Landwirtschaftsministers, ohne sie dem Verein auch nur vorzulegen, luxuriös hand dazubearbeiten, die Landwirte könnten bequem so viel Vieh produzieren, daß an eine anderweitige Fleischversorgung nicht gedacht zu werden brauche. An eine Eröffnung der Grenzen dürfe nicht gedacht werden. —

Da dient etwas Schönes bei der "Enquête" herauskommen.

Zur Fleischnot. Die gemischte Deputation der städtischen Behörden von Berlin hat beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, schlemigst eine Petition an den Reichstag um Aushebung der Grenzverren zu richten.

Diese, ein umfangreiches statistisches Material enthaltende Petition, fordert die Aushebung der Sperre gegen die Einfuhr von Schlacht-, Fucht- und Nutzvieh aus seuchenfreien Nachbarländern oder seuchenfreien Teilen derselben. Sie empfiehlt, an die Stelle des Einfuhrverbots gegenüber solchen Ländern, in welchen die Seuche in geringem Maße und nicht in bedrohlichem Umfang" besteht, die vom Gesetz in Aussicht genommenen "Beschränkungen" zu setzen, unter Zulassung des Fucht- und Nutzviehs — eventuell unter Kontingentierung — in die Landwirtschaft und des Schlachtviehs zu den Schlachtwiehmärkten, wenn auch unter Isolierung und Verbote des Weitertransports. Die Petition fordert weiter die Zulassung der Einfuhr aus seuchenfreien Ländern mit den bisherigen Beschränkungen und Vorsichtsmäßigkeiten in die öffentlichen Schlachthäuser deutscher Städte zur isolierten Ausstellung und zur Abschlachtung innerhalb fünf Tagen und verlangt die Einfuhr von Fleisch und Fleischabfällen aus allen Ländern nach vorhergegangener strenger Untersuchung an allen Einfuhrstellen durch deutsche beamte Sachverständige.

Die nach den jüngsten Postlourenen auszuarbeitende Reichspostnovelle bringt noch der "Frank. Itg." eine Erhöhung des Briefgewichts auf 20 Gramm und die Ablösung und das Verbot der Privatposten. Ob ein vollständiges Verbot beabsichtigt, ist noch ungewiß.

Nach dem "Vol. Ans." wurde auf der Münchner Konferenz beschlossen, den Postzeitungstarif mit Rücksicht auf die Erziehungsbefähigkeit und das Gewicht umzugehen und die Privatposten gegen entsprechende Entschädigung aufzuheben, bevor die Ablösungsummen ins Ungemessen steigen.

W. Simonie, nicht mit "heiligen" Würden und Lemtern, sondern mit sehr unhilflichen Schnaps- und Schnallenzessionen, d. h. die Vergabe der Konzessionen an die Nachbuhren gegen Geld und Geldeswert, hat sich in Oberschleien aus der "guten, alten" Feudalzeit bis in die Gegenwart hinübergeschleppt. Vorwirkt dem preußischen Amtsvorsteher nicht erlaubt, was der frühere Guts- und Grundherr thun durfte; aber in Oberschleien herrschen vielfach — in doch Russland so noth! — unter den Beamten sehr russische Ansichten, und so werden noch immer u. a. auch Schnallenzessionen wie ehemals Pfarrereien verkauft. Ein besonders trauriger Fall dieser Art ist jüngst vor dem Gleiwitzer Landgericht verhandelt worden. Der Amtsvorsteher Schneider i. d. v. Paulsdorf, Kunzendorf und Dorotheendorf bei Zabrze hatte auch nach altem Ritus Konzessionen verschachert und den Raum mit seinem Amtsvorsteher Steinarek brüderlich geteilt. Ein gewisser Wilhelm Wolff hielt das für ungerecht und denunzierte den Gehegesührer wegen seiner Schandthaten. Wie das in solchen Fällen immer geht, Wolff erhielt für seine Verhöhnung der Gerechtigkeitsliebe ein Jahr Gefängnis. Seine Dreistigkeit, das heilige Amt eines Amtsvorsteher anzutreten, mußte gebuhnt bestraft werden. Am Ende kam aber doch die Sache anders, als gewissen Leuten lieb war. Der edle Schneider starb, und nun kam die Wahrheit heraus. Alle die Leute, die vorher aus Furcht vor dem Amtswahlwigen geschworen hatten, fingen nun zu reden an, und sie redeten, als Wolff die Wiederannahme des Verkaufs erzwungen hatte, so, daß er freigesprochen werden mußte. Es ist schade, daß man derartige Spitzbuben immer erst als solche erkennt, wenn sie tot sind. Das wissen die Lebenden, und deshalb wird die Beamtenkorruption in Oberschleien auch so bald aufhören.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Tilsiter Strafammer verhandelte am Montag unter Auschluss der Öffentlichkeit gegen die Genossin Frau Tolldorf wegen Majestätsbeleidigung. Das Urteil lautete auf zwei und einen halben Monat Gefängnis. Es handelt sich auch in diesem Falle um Denunziation aus Nachricht. Frau Tolldorf bezeichnet mit alter Entschiedenheit, die Neuherung, welche zu ihrer Verurteilung geführt hat, gelassen zu haben. Am sonderbarsten bei diesem Prozeß ist, daß die Beleidigungszugabe die beleidigte Anherung nicht selbst gehört hat, sondern erst durch eine andere Frau, die lärmlich gestorben ist, erfahren haben will. Es ist eigentlich unsauber, daß eine solche Behauptung genügen kann, um eine bisher unbeholtene Frau auf Monate ins Gefängnis zu bringen. Genosse Tolldorf ist durch die Verurteilung seiner Frau in eine recht unangenehme Lage gekommen, da er mehrere kleine Kinder hat, um die er sich zugleich natürlich nicht kümmern kann, da er seiner Arbeit nachgehen muß. Durch das Urteil ist nicht nur die Frau auf 2 1/2 Monate ins Gefängnis gesicht, sondern gleichzeitig auch die ganze Familie bestraft.

Wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung hatte sich am Sonnabend der Fischhändler Albert Schöneberg aus Hameln vor der Strafammer des Landgerichts zu Hannover zu verantworten. Der Genannte hatte sich in der Cardinalischen Wirtschaft in Hameln, sowie auf dem dortigen Polizeibureau in einer so unsittlichen, gegen allen gesellschaftlichen Anstand verstoßenden Form ausgesprochen, wie es eben nur Personen, die sich vollständig vom Schnapsteinsel haben unterkriegen lassen, fertig bekommen. Das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis.

Der angebliche Anarchist Oldenburg, der kürzlich in Altona verhaftet wurde, wird jetzt wegen Majestätsbeleidigung prozessiert.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Abgeordnetenhaus lehnte gestern den Antrag gegen Baden mit 193 gegen 174 Stimmen ab. Das Haus nahm jedoch die Anträge des Budgetausschusses an, in denen die Regierung aufgefordert wird, sofort einen Gesetzentwurf einzubringen, der darin geht, daß die im Gesetz von 1893 vorgesehenen Beaunktionen für die österreichische Handelsmarine

auf weitere 5 Jahre ausgedehnt werden, ferner daß Vorrichtungen eingebracht werden auf Genehmigung von Prämien zur Hebung der kleinen Küstenschiffahrt mit einem Antrag des Abg. v. Schneegel, daß Schifffahrtsprämien und Reisezuschüsse auf alle Fahrten österreichischer Schiffe Anwendung finden können, die sich auf nicht-inventionierte Linien beziehen, ohne Rücksicht darauf, ob die Schiffe bereits einem gleichartig subventionierten Unternehmen angehören oder nicht.

Italien.

Rom, 17. November. Bei der heutigen Wahl der Kammerpräsidenten wurde Bandelli mit 190 von 339 abgegebene Stimmen zum ersten Präsidenten gewählt. 128 Abgeordnete gaben weiße Zettel ab.

Zu Vizepräsidenten wählte die Kammer Palberi mit 236, Chinaglia mit 234 und de Misis mit 180 Stimmen. Zwischen Colombo, welcher 107, und Musi, welcher 87 Stimmen erhielt, findet Stichwahl statt.

Frankreich.

Dreyfus ist am Mittwoch von dem Beschlusse des Kassationshofes benachrichtigt worden. Neben den Eindruck, den die Meinung auf Dreyfus machte, wird bis jetzt vollständiges Schweigen beobachtet.

Die Schriftstüde, die Dreyfus infolge des Beschlusses des Kassationshofes zur Beantwortung zugestellt werden müssen, werden am 26. d. M. mit einem nach Martinique bestimmten Dampfer nach Cayenne abgehen. Von Martinique aus werden sie mittels Spezialdampfers in vier Tagen nach Cayenne gebracht.

Der Minister der Kolonien ordnete telegraphisch die Freigabe des Briefwechsels zwischen Dreyfus und seiner Familie an. Im Auftrag des Gouverneurs von Cayenne wird Dreyfus vorläufig als Angeklagter behandelt. Advokat Mornard stellte den formalen Antrag, Dreyfus hierher zu schaffen, worüber der Kassationshof noch diese Woche entscheiden wird.

Zu den Wandelgängen des Kassationshofes ist die allgemeine Ansicht die, daß wahrscheinlich ein Erlass des Gerichtshofs erscheinen werde, um die Rückkehr des Kapitäns Dreyfus nach Frankreich herzuführen, da es tatsächlich unmöglich für den Gerichtshof ist, sich telegraphisch mit Dreyfus in Verbindung zu erhalten. Die Telegramme würden zu zahlreich und zu kostspielig werden, anderseits würden die auf telegraphischem Wege übermittelten Antworten des Dreyfus vom gerichtlichen Gesichtspunkte aus keine hinreichende Garantie für die Authentizität der selben bieten.

Labori hat die Ernächtigung erhalten, mit Picquet zu konferieren. — Entgegen anderweitigen Gerüchten steht es fest, daß der Kassationshof noch nicht den Kriegsminister um Mitteilung der geheimen Dossiers erachtet.

Der Anwalt der Frau Dreyfus, Mornard, erhält die Protokolle über das Verhör der bereits vernommenen fünf Kriegsminister wie aller ferneren Zeugen. Er kann über ihren Inhalt mit den Anwälten Labori und Demange konferieren und alldann diejenigen Zeugen bezeichnen, deren Vernehmung er zur Widerlegung der belastenden Aussagen wünscht. Der Kassationshof hat beschlossen, daß alles beigebrachte Material, also eventuell auch das geheime Dossier, dem Verteidiger Dreyfus mitzuteilen sei.

England.

Plymouth, 17. November. Kriegsminister Marquis Lansdowne hielt hier heute abend eine Rede, in der er dem Vorhang des Kaisers von Russland in der Abrüstungsfrage mit Freuden begrüßte. Jedoch lehnte der Minister hinz, kein Land könne seine Zustimmung geben, sich die Hände zu binden, am wenigsten von allen England. Der Kriegsminister wiederholte sodann die jüngsten Ausschreibungen seiner Kabinettsmitglieder in Bezug auf Egypten und erklärte noch, die britische Flotte müsse unüberstiegblich sein; er halte sie stark genug, um jeder Vereinigung, der man entgegenzusetzen könne, Widerstand zu leisten. Die Zeit sei da, die Herstellung von neuen Festungsgeschützen nachdrücklich zu fördern, doch habe dies allmählich zu erfolgen.

Türkei.

Konstantinopel, 17. November. Der Minister des Außenwesens verständigte die Botschafter der 4 Mächte davon, daß die Botschäfte habe mittels Botschaftsdeputate an ihre Vertretungen in Auslande Protest dagegen eingelebt, daß Prinz Georg von Griechenland zum mit der Verwaltung der Insel betrauten Oberkommissar der 4 Mächte bestellt sei.

China.

Shanghai, 17. November. Wie ein Telegramm des "Echo de Chine" meldet, ist der Ort Kwai-tschau-fu am oberen Yangtsekiang von den Aufständischen angegriffen und geplündert und das dortige katholische Missionsgebäude niedergebrannt. Einzelheiten fehlen.

Keine politische Nachrichten. An den Fürsten von Neukastell erklärte ein Hamburger Bürger telegraphisch eine Anrechnungsfundgebühr wegen der Begnadigung eines Sozialdemokraten abgenommen worden. An den Grafenagenten zu Lippe ist eine gleiche Fundgebühr wegen keiner Haltung in der bekannten Differenzfrage abgehandelt worden. Beide Herrscher sind telegraphisch dankend geantwortet worden. — Wie ein süddeutsches Blatt hört, wird für nächstes Jahr im Anschluß an die Bewegung für die Errichtung von Vollschulgebäuden für Kindergarten ein internationaler Kongress zur Erfahrung von praktischen Maßnahmen gegen Ungegenstände geplant. Der Kongress wird Berlin sein. — Der ungarische Minister des Innern erließ eine Verordnung, die sämtliche Behörden des Landes anweist, im Falle, daß aus dem Auslande Anarchisten nach Ungarn flüchten, diese sofort abzuschieben und gegen einheimische Anarchisten die gleichen Maßregeln anzuwenden zu ergriffen. — Russland wird auf der Antimperialistenkonferenz durch den russischen Botschafter in Rom Reaktion sowie den Oberprokurator Sludzherowski und den Polizeidirektor Smoliansky vertreten sein. — Die Hamburger Börsenbörse erhielt ein Telegramm aus Santa Anna vom gestrigen Tage, dem 15. November in San Salvador eine Revolution ausbrach, deren Verlauf bis jetzt noch unbekannt ist. — 25 Studenten des Warschauer Polytechnikums und neun Doctor des agronomischen Instituts Pulaw sind wegen angeblich gemeinschaftlicher Verschwörung, von der zweitl. doch in delegierten Petersburger Gendarmerie verhaftet und mitgenommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich viele Russen. — Nach einem Telegramm aus Seoul hat die koreanische Regierung Anordnung erlassen, dem Handel der Ausländer im Innern der Halbinsel ein Ende zu machen.

Parteiangelegenheiten.

In das Agitationssomitee für den Bezirk Leipzig wurden in einer Parteiveranstaltung des 12. u. 13. Wahlkreises die Genossen Genz, Lipinski und Jakob wiedergewählt.

Bei der Gemeinderatswahl in der Stadt Kuth im Walde segnete die von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Zahl mit bedeutendem Erfolg.

Polizei und Gerichte im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.
Genosse Müller von der Magdeburger Volksstimme stand wieder einmal vor Gericht. Vor einigen Monaten wurde Genosse Müller wegen Beleidigung der preußischen Richter zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Revision des Angeklagten ist das Reichsgericht das Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht zurück. Bei der nachmaligen Verhandlung wurde sie mit einer zweiten Strafseite gegen Genosse Müller verbunden, bei der es sich um eine Beleidigung des Grafen Posadowitsch handelte, die in der Abwehr gegen dessen Anklage aus dem Koalitionsrecht gestanden habe. Der Staatsanwalt Hagemann hielt für erwiesen, dass Müller den preußischen Richtern habe nachsagen wollen, sie hätten bermüht parteisch, weshalb wegen dieses Falles 3 Monat und 2 Wochen Gefängnis und wegen der Beleidigung des Grafen Posadowitsch zu bestrafen sei. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die Erregung des Wahlkampfes, wegen der Beleidigung des Grafen Posadowitsch auf 300 Mark Geldstrafe. In dem zweiten Jahr nahm man an, Müller habe den preußischen Richtern nachsagen wollen, sie hätten bermüht parteisch, weshalb auf eine Zuchtwurstrafe von 2 Monaten und 2 Wochen Gefängnis erkannt wurde.

Ein Beurteilungsartikel zum Stuttgarter Parteitag brachte dem Genossen Rudolph von der Erfurter Tribune eine Auflage gegen Aufreizung. Beantstanden in dem Artikel wurde der Abzug: „Die Jahre zusammen, den Kopf hoch, das Auge offen, die schwingenden Arme bereit zum Dreinhausen, so steht die Arbeiterschaft allen Blutes aus ihren vor fröhlichen Brümen und erwartet ihre zahlreichen Feinde.“ Der Staatsanwalt wollte nicht gelten lassen, dass die Kampfbereitschaft nur bildlich gemeint sei und beantragte 14 Tage Gefängnis. Das Gericht sprach jedoch den Genossen Rudolph frei.

Über die Parteihäufigkeit im Wahlkreis Halle wurde in einer Parteiveranstaltung folgendes berichtet:

Es wurden abgehalten: 4 Partei, 38 Volks- und 45 Wahlveranstaltungen. Die Einnahme für die Reichstagswahl betrug 4826,28 M., die Ausgabe 7161,25 M., das Defizit von 2335,97 M. wurde aus Parteimitteln gedeckt. Die Einnahme des Parteitags betrug 6051,35, die Ausgabe 4902,07 M., so ein Beitrag von 1749,28 M. verbleibt. Die Beteiligung an der Wahl war eine glänzende. Die Feier hatte einen Proses zu folge, der etwas recht Großes werden sollte, jetzt aber auf ein Minus zusammengeschmolzen ist.

Bei der Gemeinderatswahl in Apolda siegte unter Genossen Baudens mit 1471 Stimmen, Genosse Leutert und unter übrigen Kandidaten sind unterlegen. Fortan gehört nur 1 Sozialdemokrat dem Gemeinderat an.

Eine Parteiveranstaltung in Stuttgart beschloss, bei den Kommunalwahlen mit den Demokraten Hand in Hand zu arbeiten, informieren sich mit ihnen 4 Kandidaten austauschen. Von unserer Seite wurden 9 Kandidaten aufgestellt.

Zum Streit in Dortmund. Am Montag fand in Dortmund eine Parteiveranstaltung statt, die sich stark mit der Entlastung Lütgenau beschäftigte. Die Freunde Lütgenau machen dem Parteivorstand höhere Ansprüche, doch er sich eingestellt habe; man vermiss die Gründe für die Entlastung und verlangt deren Berichtigung. Lütgenau selbst unterstützt diese Stellung, er ergab der Versammlung — trotz der gegenständigen und unpräzisen Erklärung im "Vorwärts" — dass ein Prinzipien-Artikel die Entlastung veranlassen hätten. Schließlich wurde eine Resolution gegen wenige Stimmen angenommen, in der es um Schluss steht:

„Die Entlastung des Genossen Dr. Lütgenau ist nach den bisher bekannt gewordenen Gründen ungerechtfertigt und gegen das Prinzip der Sozialdemokratie verstoßend. Die Versammlung befürwortet die Delegierten zur Parteikonferenz am 20. November, diesen Standpunkt zu vertreten.“

Der Parteivorstand duldete, um aller Legendenbildung vorzubeugen, zu thun, wenn er alle Gründe den Dortmunder Genossen unterstreicht.

Zur Frage der Taktik nahm eine Parteiveranstaltung in Darmstadt Stellung. Man fasse folgende, vom neuen Reichstag abgeordneten Genossen Kramer vorschlagene Resolution:

„Die Parteiveranstaltung erklärt sich im allgemeinen mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, bedauert nur, dass bezüglich der Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen eine, die Genossen in Preußen ansetzende Entscheidung, nicht stattgefunden hat. Bezüglich der Frage der Taktik teilt die Versammlung die Ansicht einer Genossen und Genossinnen nicht, welche der Meinung sind, dass sich in der Partei ein verdecklicher Possibilismus breite mache. Die Verhüting in praktischen, als Alltagssachen der unterdrückten Klassen berührenden Fragen ist für die Partei eine Lebensfrage, und gerade für die Herbeiführung unserer Endziele eine Notwendigkeit. Je starker und einflussreicher die Partei wird, desto mehr hat sich ihr die Notwendigkeit aufgedrängt, und somit die Agitation der letzten Jahre kontrollierbar war, als sie eine Verstärkung in der Partei hinzuholte des Widerstandes unserer Endziele eingetreten. Diese Möglichkeit muss deshalb schon für ausgeschlossen betrachtet werden, weil unsere Gegner uns keins zu der Ausniedrigung unserer Endziele prozessieren, hinkünftig welcher der gesuchten Genossen keine Zweideutigkeit denktbar ist. Wer sich über unten Ziele klar ist, findet auch im praktischen Kampfe keins den richtigen Weg, der bestimmt durch den Gang der Entwicklung, zu unserem Endziel führen muss. Die Versammlung empfiehlt daher Zeithalten an der bisher geübten und bewährten Taktik, und fordert die Genossen auf, in diesem Kampfe nicht zu erkennen und abwehren. Ohne Mut bei allen ferneren Aktionen der Partei zu erneuern.“

Gewerkschaftliche Arbeitersbewegung.

Den Ortsverbänden des Metallarbeiter-Verbandes von Ost-Sachsen zur Kenntnahme, dass Unterzeichner von heute an mit der Funktion des Korrespondenten von Ost-Sachsen betraut worden ist. Alle Briefe u. s. w. sind daher zu richten an Friedrich Höller, Dresden-L., Elisenstraße 50.

Saaltreiberei. Die letzte geplante große Bergarbeiter-Versammlung in Dortmund, deren Auftakt noch abgewartet werden sollte, bevor den Zeichen die Forderungen der Arbeiter unterbreitet würden, hat, wie uns geschrieben wird, nicht stattgefunden. Der Saaltreibereiter verlangte von dem Vater, dass er den Saal nicht herhebe, und als der Vater sich an die Wirklichkeit nicht schenken wollte, ließ er durch die Polizei die Eingänge durch Ketten versperren. Aus diesem Sachverhalt wird sich eine Auseinandersetzung vor dem Richter zwischen Eigentümer und Vater entzünden. Da der Saal der einzige größere in Dortmund war, der für solche Zwecke bisher zur Verfügung stand, so wird die Forderung — sie geht bestimmt auf eine zehnprozentige Lohnverhöhung aus — jetzt wohl ohne eine weitere Versammlung eingerichtet werden.

Die Lohnkommission der Müller und Mühlenarbeiter in Halle hat den Unternehmern eine Lohnforderung zugesandt, die das Verlangen stellt, den Stundenlohn auf 20 Pf. zu erhöhen, wobei der Lohnvorstand der Mühlenarbeiter nicht unter 3 M. und der der Müller nicht unter 3,50 M. betrügen soll.

Die Lohnbewegung der Mannheimer Schuhmacher hat einen recht unliebsamen Abschluss gefunden. Die Meister haben in einer Versammlung den von ihren Betreibern mit den Arbeitern vereinbarten Tarif abgelehnt und unter Entlastung der geringen Klubbesetzungen, die der vereinbarte Tarif bot, einen neuen aufgestellt, der eher eine Verbesserung des bisherigen Zustandes bedeutet. Die Arbeiter haben diesen Tarif abgelehnt und werden wahrscheinlich zu geeigneter Zeit auf ihre Forderungen zurückkommen.

Die Brauerarbeiter im Frankenbau zu Bamberg haben die Arbeit eingestellt. Die Brauerei-Direktion hat eine schwere Linie gegen die Arbeiter erlassen; wenn das neue Zuchthausgebot fertig wäre, gäbe also einige Zuchthäusler mehr.

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands handte an den "Vorwärts" folgende Zuschrift: In der Nr. 266 des "Vorwärts" ist ein Aufruf an die im Handels-, Transport- und Verkehrsverkehr beschäftigten Arbeiter erhalten, in welchem gezeigt wird, der zu Weihnachten nach Russland einberufen Kongress eben benannter Arbeiterkategorie ist von privater Seite erfolgt. Wir konstatieren hiermit ausdrücklich, dass die Einberufung des Kreises im bergischen Reviere erklärt ist: Diese Partei (die Sozialdemokratie) dürfte sich darum nicht wundern, wenn durch die Gejagte Schuh gegen derartige Missbräuche und Gejagte zum Schutz der Arbeit geschaffen werden. Die Dresdner Arbeiter werden sich die Einberufung fest einprägen, um die Antisemiten im gegebenen Augenblick wieder daraus zu erinnern. Ihr Sommermann aber hat wieder einmal gezeigt, dass jenes Gerichtsurteil, das ihn der "unwürdigen Doppelzüngigkeit" zufügt, nicht so ganz unrecht hatte.

Da der oben bezeichnete Aufruf auch uns zuging und von uns aufgenommen wurde, halten wir uns für verpflichtet, von dieser Erwähnung gleichfalls Notiz zu nehmen.

Dresden und Sachsen.

Nette Aussichten in Bezug auf das zu erwartende Streitgeschehen werden den Arbeitern eröffnet, wenn man sich einen Fall vergleichen will, der zwar Jahre zurückliegt, deshalb aber, gerade in der jetzigen Situation, nicht weniger Interesse hat. Der "Gewerbebeschuss", Organ des Dresdner Vereins gegen Unrechts im Handel und Gewerbe, teilt darüber, unter Bezugnahme von Art. 14 und anderer Namem u. c., die ja faktisch auch nebenläufig sind, folgendes mit: Ein Lagerverwalter, der in einem größeren Unternehmen der graphischen Industrie eine gewisse Vertrauensstellung genoss, und 10 Arbeiterrinnen zu beschäftigen hatte, zeichnete auf eine ihm von einem Arbeiter vorgelegte "Sammelliste zur Unterstützung der freiregenden Arbeiter und Arbeiterrinnen Deutschlands" einen Beitrag von 50 Pf. Den andern Tag darauf trat ein Teil der bei derselben Firma beschäftigten Arbeiter, angeblich unter "Kontraktbruch", in den Streit ein. Der Prinzipal erfuhr, dass der Lagerverwalter auf die Streitliste gezeichnet hatte, und entließ ihn deshalb plötzlich ohne Kündigung. Der Einflussene nahm natürlich an, dass er zu Unrecht entlassen und verlogte dieserhalb den Unternehmer. Die Klage wurde aber vom Gericht zurückgewiesen, und unter Bezugnahme auf Art. 64 Nr. 1 des Handels-Gesetzbuches erklärt, dass die plötzliche Entlassung berechtigt gewesen ist. Recht interessant ist, wie das Urteil begründet wird. Wir haben einige Stellen daraus, schon der Originalität wegen, hervor. Es heißt da u. a.:

Indem der Kläger einen Beitrag für die freiregenden Arbeiter Deutschlands zeichnete, musste er sich bewusst sein, dass die gezeichneten Beiträge auch in der Fabrik der Beklagten belastigten Arbeitern zu Gunsten kommen würden, wenn diese sich etwa dem Streit anschlossen. Er musste zugleich mit der Möglichkeit rechnen, dass bei dem allgemeinen, über ganz Deutschland verbreiteten Streit der graphischen Arbeiter sich auch in der Fabrik der Beklagten, in welcher etwa 1200 Personen beschäftigt sind, Teilnehmer am Auslande finden würden. Wenn er diesen ungeachtet einen Beitrag zu Gunsten dieser Bewegung gezeichnet hat und wenn kurz darum, wie geschiehen, Arbeiters der Fabrik seiner Prinzipale unter Kontraktbruch in den Ausland eingetreten sind, so hat er durch sein Verhalten zweifellos diese Bewegung wissenschaftlich unterstützt und sich damit ungeliebten Bestrebungen der bei der Beklagten beschäftigten Arbeiter gegen ihre Prinzipale angegeschlossen. Jemand, der, wie der Kläger, auf Grund besonderer Vertrauens dazu bestimmt war, andere Personen zu beauftragen, die Ordnung unter ihnen aufrecht zu erhalten und sie, falls sie gegen die Fabrikordnung vergehen, zu bestrafen, von dem darf billiger Weise erwartet werden, dass er dem ihm unvergeudeten, wenn auch der Zahl nach vielleicht geringen Personal zu jeder Zeit ein Vorbehalt sei.

Es ist eben die Pflicht eines Vorgesetzten, seinen Untergebenen durch seine Führung und durch Betätigung von Gehorsam und Disziplin selbst ein gutes Beispiel zu geben. Er durfte in einer Liste, von der er annehmen muss, dass sie auch seinen Arbeiterrinnen und anderen Bedienten der Fabrik gezeigt werden würde, keinen Beitrag zur Unterstützung solcher Arbeiter ziehen, die ihre Prinzipale auf ungeliebliche Weise zu höherem Lohn zu zwingen beabsichtigen. Er muss annehmen, dass die Mitarbeiter, wenn sie führen, dass er dieses Unternehmen durch einen Geldbeitrag unterstützen, dasselbe nicht nur für erlaubt halten, sondern auch — wie dies tatsächlich geschehen — der Aufforderung der bereits streitenden Arbeiter, die Arbeit zu beenden, nachkommen würden.

Er konnte bei dieser Sachlage voraussehen, dass seine Beitragserklärung geeignet sein würde, die Arbeiter in der Fabrik der Beklagten tatsächlichlichlich gegen ihre Prinzipale aufzutreten.

Ein Kommentar zu diesem Ausbruch barster Klassenjustiz ist überflüssig. Die Neuerungen sprechen selbst eine zu deutliche Sprache. Das ist der Standpunkt des Unternehmers, der den Streit als Verbrechen betrachtet, dem die Regelungen der Unzufriedenheit und die Bemühungen, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, "Verhetzung" und "Aufreizung" sind. Auf solchem Standpunkt findet auch die Idee vom "Zuchthaus für Anreizung zum Streit" freudigen Widerhall. Es gehört keine Proprietät dazu, um zu sehen, was die Arbeiter zu erwarten haben, wenn solcher Klassenjustiz noch formelle Handhabung ist. Gegen die Arbeiter gegeben werden. Selbstverständlich ist das Kapitalistische Blattchen begeistert von dem Urteil; dieser blöde Gesellschaft ist nichts zu gemein, wenn nur dabei der Profit gut abschneidet.

Der Antisemitenhauptling bleibt Dresden erhalten! Er will sich angeblich nicht durch die lokalen Misserfolge (das ist eine ganze Umschreibung seines Durchfalls) entmutigen lassen und trotz des von guten Freunden verbreiteten Gerüsts von seiner Abreise (der Wunsch ist sicher bei ihnen der Vater des Gedankens), in Dresden bleiben. „Ich gehöre zu denjenigen, die gehörig sind, Treue zu halten, wo sie Treue gefunden haben“ rief er am Dienstag im "Tivoli" patetisch aus und seine Garde grüßte ihm Beifall dazu. Man weiß vielleicht, dass sein ehemaliger Freund und Parteigenosse Huhle, Chefredakteur der "Deutschen Wacht", in familiärer Hinsicht das gerade Gegenteil von Zimmermann behauptete. Vielleicht hat man auch nicht davon gedacht, dass neben der gelobten Treue auch die 6000 Mark Direktorgehalt nicht ganz ohne Einfluss bei der Anhänglichkeit des "Wacht"-Direktors Zimmermann an Dresden gewesen sein dürften.

Das erscheint um so wahrscheinlicher, wenn man seine weitere Klage berücksichtigt, dass er in den Jahren von 1893 bis 1895 ein außergewöhnliches Maß von offener und versteckter Niedertracht hier erlebt. Dazu kommt dann der Durchfall in Dresden-Alstadt. Herr Zimmermann, der damalige Schwadronen-Chef, wird allemal ganz elegisch, wenn er auf diesen Durchfall, den er jetzt auf einmal vorausgesehen haben will, zu sprechen kommt. Er hat sich da eine ganz golante Theorie zurecht gemacht, die seinen Durchfall erklärt: Die Dresdner Wächter sind so vernarrt in ihre Abwechslung, dass sie bei jeder neuen Wahl durch eine neue Person und Partei im Reichstag vertreten sein will. Gedanklich ist es mir, um die politischen Laune Rechnung zu tragen, dass Zimmermann jetzt den verböten Reaktionär heranschlägt. Er, der noch in der

Wahlbewegung bei den Arbeitern tiefen ging mit der antisemitischen Sozialreform, der in seinen parlamentarischen Berichten an die antisemitischen Parteitage noch mit dieser Rüder angelte, er tritt jetzt für die Zuchthausvorlage ein. Bei Interpretation des Kreises im bergischen Reviere erklärte er: Diese Partei (die Sozialdemokratie) dürfte sich darum nicht wundern, wenn durch die Gejagte Schuh gegen derartige Missbräuche und Gejagte zum Schutz der Arbeit geschaffen werden. Die Dresdner Arbeiter werden sich die Einberufung fest einprägen, um die Antisemiten im gegebenen Augenblick wieder daraus zu erinnern. Ihr Sommermann aber hat wieder einmal gezeigt, dass jenes Gerichtsurteil, das ihn der "unwürdigen Doppelzüngigkeit" zufügt, nicht so ganz unrecht hatte.

Erzieherische Höflichkeit. Ein Osnabrucker in Menschlichkeit hatte sich dem Lehrer Willert gegenüber die Rücktitung seiner Tochter ernstlich in einem Briefe verbeten, auf den er folgende erbauliche Antwort erhielt, die wir in der "Altenburger Volkszeitung" finden:

„Untersuchen Sie sich noch einmal, einen derartigen Brief in Ihrer Beträuflichkeit an mich zu schreiben! Ich verbiete mir in Zukunft weiteres Geschrei zu treten gewollt bin! Ihr Schreiben werde ich heute nachmittag bei dem herzogl. Landratsamt und herzogl. Schulinspektion in Altenburg befreit. Wozu soll das führen, wenn jeder Osnabrucker, Töpfer und Maurer sich, wenn sein Kind einige Kloppe für Ungehörigen bekommen hat, sich bezecht und dann einen siegelhaften Schreibweiss sich antreiben lässt!

Das Kaiserliche Reichsgericht Leipzig hat in seiner Sitzung vom 16. Februar 1893 entschieden, dass bei körperlichen Züchtigungen Schwulen u. c. vorhanden sein können. Sofern das Kind auf Grund eines ärztlichen Gutachtens nicht dauernd körperlich geschädigt ist, kann gegen einen Lehrer nichts unternommen werden. Ich bin froh, wenn ich den Stoff nicht zu nehmen brauche und danke meinem Gott, wenn ich ihn auskonne! Erziehen Sie Ihre Kinder besser! Die zunehmende Roheit unserer Zeit, dass Anwohner der Untergang u. c. lassen es uns für nötig erscheinen, die fehlerhafte Erziehung elterlicherseits zu korrigieren und straffer zu gehalten.

Das Sie den Fall der Presse übergeben haben, amüsiert mich. Sobald die Sache im Druck erscheint und die Schulbehörde erhält Kenntnis hiervom, ist sie verpflichtet, Strafantrag zu stellen, § 17, Ab. 2. Ein anständiges Platz nimmt derartiges von einem sozialdemokratischen Staatsburger nicht an. Und was Ihre Schundblätter von Proletarierzeitungen schreiben, lese ich nicht. Benutze dieselben, wenn ich einmal eins in die Hand bekomme, als Abrisspapier oder Pfeifenpäckchen.

Dass Sie mir dann die Fähigkeit, als Lehrer zu amtieren, absprechen, amüsiert mich noch mehr! Ich besitze sehr gute Zeugnisse, auf die ich stolz sein kann! Fragen Sie mir den Herrn Schulinspektor in Alt! Dass Sie mir die Bildung deshalb absprechen wollen, weil ich Ihr Kind bestraft, na — was kann man von einem ungebildeten Osnabrucker verlangen! Beklagen Sie nur, es hat einmal ein Schlächter schon 14 Tage wegen Beleidigung meiner Person gebrummt! Wenn Ihre Tochter in der Schule fehlt, freue ich mich. Ich habe ja nur immer Angst, Verdruss u. c. mit ihr. Ihre Bekanntheit zu machen, habe ich kein Verlangen, voll denn ein Lehrer jeden ungebildeten Maurer und Osnabrucker kennen.

Mit gezielter Achtung

M. Willert.

Weitere Briefe werden nicht angenommen! Leute Ihres Standes mit seiner Bildung habe ich im Wahlkreis kennen gelernt.“

Was nun wohl die Schulbehörde zu diesem Denkmal, das sich der Herr Willert selbst gelegt hat, und insbesondere zu seinem schönen Deutsch zu sagen haben wird?

Aus den Gemeindeverwaltungen.

Stadtverordnetensaal. Astermann scheint die "vertraulichen Sitzungen", in welchen es sich um seine Abhängigkeit handelt, so mitgenommen zu haben, dass er nicht mehr imstande ist, seinem lieben Hammer zu schwingen. Dott, vor der hilflos Kreis kommt herummustern, fügt heute der Bissortester Dr. Stödel, wodurch eine etwas flottere Gehabtsförderung Platz ergibt hat. Es gelangt zunächst die Regierungsräte zur Berleina. Daraus ist herzoglich ein Schreiben des Rates, betreffs die Anfertigung von zwei Krankentransportwagen. Ein Geh. des Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaften, in welchem derselbe um Erlas eines Ordnungspostes, betreffs Herstellung einer polnischen Sonntagsruhe für die Handlungsgesellschaften bittet, tut eine längere Debatte hervor. Dem Stadt. Dr. Hödel passiert hierbei das Malheur, sich auf die Petition der Freien Vereinigung der Handlungsgesellschaften zu stützen und dem Rat den Text zu lesen, weil er die Freie Vereinigung eine doch abweisende Antwort erteilt hat, als letzterer um Regelung der Singeleigenheit in Kaufmännischen Geschäften und um Einführung der Sonntagsruhe petitionierte. Besonders entzückt sich der antikirchliche Reichsverein darüber, dass der Rat in dem Antwortbriefen, welches in einer Zeitung veröffentlicht werden soll, gelöst hat, 6 Stunden Ruhe am Sonntag seien genug. Er meint, eine solche dreimal unterbrochene Sonntagsruhe sei so gut wie gar nichts, und liest dem Rat gründlich die Leviten. Der arme Hödel! er liest immer herein, wenn er einmal hässlich wird. Was hat er da wieder einmal angerichtet? Weiß er nicht, dass der Verein, für den er sich ins Zeug legt, auf dem Boden der modernen Arbeitersbewegung steht, oder ist es ihm noch unbekannt, dass der Rat für organisierte Arbeiter nichts als Führer, und in diesem Verhalten des Einheitsbündnisses des Stadtbüro fügt er hin? Der Rat hat es vielleicht hundertmal bereut, dass er sich nur zu einer Abwertung herabgesetzt und nun gar Berleidungen zu machen — daran ist gar nicht zu denken. Weiß der antikirchliche Reichsverein nicht, dass untere Stadtweisen selbst das in bürgerlichen Kreisen für gut und möglich erachtet regelmässig verwerfen, sobald es von Arbeitersorganisationen aussteht, bevor gefordert wird? Erstaunt blicken denn auch die am Ratsstühle sitzenden Herren den ganz furchtig gewordenen Antisemiten an und scheinen gar nicht begreifen zu können, wie der sonst so zahme Hödel auf einmal eine ganz unverhältnismässige Arbeiterszindlichkeit an den Tag legen kann. Die Sache ist aber ganz einfach: Herr Hödel hat nicht gewusst, dass es sich um einen sozialdemokratischen Verein handelt. Die Herren Uhmann und Stein waren kluger, sie traten für das Schreiben der nationalen Kaufleute ein, erwähnten aber mit keinen Worten, dass die Frage nicht von den sozialdemokratischen Handlungsgesellschaften angekündigt worden ist. Hartwig war natürlich wieder anderer Ansicht; doch ist ja eigentlich auch selbstverständlich, denn was haben die Hausbesitzer für einen Verein, wenn die Handlungsgesellschaften die volle Sonntagsruhe bekommen. Da gibt es doch überhaupt noch viel wichtiger Sachen. Denken Sie sich nur einmal hinzu — so rust. Lebendig aus — wenn da einmal Sonntags in einer Familie unerwartet Besuch eintrifft, was soll da werden, wenn sich die überzähligen Freunde nicht einmal einen kalten Aufschluss über sonstige Delikte verleihen können.“ Von der Frage der Beleidigung eines kalten Aufschlusses macht Hartwig überhaupt keine Stellung zu dieser Frage abhangig. Die Handlungsgesellschaften könnten ja ihre Sonntagsruhe bekommen, aber es muss für den kalten Aufschluss georgt werden, wie man das mache, sei nicht seine Sache. Diese Debatte wurde den Stadtdorfern bald langweilig, denn es handelt sich im Grunde doch nur um eine Arbeitersangelegenheit. Was soll man da noch lange

reden? Ein Schlussantrag des Stadt. Gottschall bereitet denn auch der Sache ein schnelles Ende.

Bei Verhandlung über die 11 Punkte der Tagesordnung gelangten die Stadtbüroten aber noch lange nicht; da sind zunächst noch zwei Herren da, welche einiges auf dem Herzen haben. Es erhebt sich Dr. Ritter. Den Herrn hat man in der bürgerlich oppositionellen Presse wegen falscher Fleischwerturteilungs-Antrages und der Begründungsrede zu verbieten so gelebt, daß ihm vor seiner Gönnerlichkeit bang geworden ist. Er sieht sich nun alle Mühe, verschiedenes von dem, was in der letzten Sitzung der Arzt Ritter gesagt, vom gutgelaufenen Dresdner Schriftsteller, als welchen er sich heute wieder sieht, abzuschütteln. Allerdings lagte der Herr, er wollte Zertümer verteidigen, im Grunde aber bestreute er in der Haupstädte seine gute Kenntnis und machte kramphafte Anstrengungen, daß oppositionelle Wänkelchen abstreiten, das ihm der Arzt Dr. Ritter in der letzten Sitzung verschafft hatte. Es war ein Schauspiel für Göster, zu sehen, wie ein Mann sich kramphafte bemüht, zu zeigen, daß er in Wirklichkeit sei „ein Philister, ein hohler Dorn, voller Furcht und Hoffnung, das Gott erbarmt.“

Während sich die gehabten Debatten abwickeln, ist der Stadtrat. Dr. Paul Adermann unruhig auf seinem Platz herumgerutscht und hat allerhand aus seiner Mappe gekramt. Das der etwas Schweres auf dem Herzen hat, ist selbst von der Kommissionstrümme aus bemerkbar. Und richtig — Paul Adermann spricht, sobald Ritter gesetzt. Natürlich hat es ihm die Sachliche Arbeit Zeitung angelassen. Er schlägt den Stadtbüroten sein Leid, das ihm von dem Platz zugefügt worden sei, höchst dabei aber in solcher Weise, daß die Entzürfung und Verachtung, die er kramphafte ausgedrückt, sie betrifft, einen komischen Anstrich hat. Nachdem er mit der Entzürfung so eitel verangstigt ist, spielt er den Triumph, nämlich weitere Notizen über Paul Adermanns Lüdertheit nach dem Bürgermeisterposten aus. Er erhält die Genehmigung zum Berleben. Aber werkwürdig, entweder fällt ihm das Leid so schwer, oder die Sache ist ihm so fatal, weil weitere Notizen den Nagel auf den Kopf treffend. Er steht beim Pfeilen, sieht die am gefangenen Säge nicht zu Ende, da die dieleben angeblich nicht zur Sache gehören; nur die zweite Note mit seiner Verächtigung glaubt er vollständig verfehlt zu müssen. Und nun holt er aus zum Vernichtungsschlag. Natürlich schlägt er nicht leinen, sondern anderen, bevorwürdet aber des Kollegiums wegen los. Denn man habe von einem Klimawellen gesprochen und daß man kramphafte gerochen werden. Und nun kommt er mit dem eigentlichen Zweck seines ganzen Nieders über viel mehr Stottern herausgerückt, er will sich natürlich nicht beworben haben und sei es deshalb auch nicht möglich, daß Stadtvorordnete so etwas reden können. Wenn aber gesagt worden sei, es herrsche Entrüstung unter den Stadtvorordneten, so fordert er — und nun wird Paul Adermann — die Herren im Kollegium, welche über ihn am meisten entzürkt sind, auf, hier sich anzusprechen. Dann setzt er sich; Paul Adermann hat geworden, und — in den Wind geredet, nicht die ge ringste Zustimmung wurde laut, fühlte sich die Stadtbüroten das Lamento über sich ergehen und seiner schien Lust zu haben, Paul Adermann zu bestimmen. Der Vorherrn hatte es aber so eilig mit dem Uebergang zur Tagesordnung, daß man schon wieder einen anderen Punkt verhandeln, bevor und der Meinung Adermanns vollständig zum Bewußtsein kam. Eine von einem und demselben Herrn ausgeschobene Brief erinnert bei dem Klammer Adermann; daß war die ganze Ausweitung des Kollegiums. Wie kommen leider nicht endgültig feststellen, ob dieser Gefühlsausbruch uns oder Adermann gilt.

Rum wurde endlich in die Tagesordnung eingetreten und zunächst einige gleichzeitige Sachen schnell erledigt. Der 3. Punkt, welcher der Künfti gewidmet ist, ruft eine längere Debatte hervor. Der Rat schlägt folgendes zur Annahme vor: 1. Den von der Stadtgemeinde zum Garantienfonds für die 1897er internationale Kunstaustellung gezeichneten Betrag von 30.000 M. soll zur Auszahlung zu bringen, 2. zum Garantienfonds der nächsthörigen nationalen Kunstaustellung bedingungsweise einen Beitrag von 20.000 M. zu ziehen und 3. von den zu Anlaufen auf dieser Ausstellung bewilligen 30.000 M. nur 20.000 M. in dielem Zwecke und 10.000 M. zur Defortation der Kuppelhalle zu verwenden.

Der Finanzausschuß hat der Förderung des Rates im vollen Umjangle zugestimmt, dagegen nimmt Hartwig daran Antritt. Er schlägt ein Lamento über die 50.000 M. an, welche die Stadt auf Grund ihrer Gelegenheit zum Defizit der verlorenen internationalen Kunstaustellung beitragen muss. Ihm ist es überhaupt zu viel, was für die Malerei in Dresden ausgegeben wird. Ausstreuung bei er auch, aber möglicherweise kann es nicht anders sein, wenn die Kunstwerke ausgestellt werden. Man kann darüber nicht ohne andere Unternehmen, welche ebenfalls viel Geld brauchen, so z. B. die evangelischen Kirchenvereine; da etwas zu geben, sei weit eher angebracht. Redner stellt schriftlich den Antrag, die 50.000 M. nur dann zu bewilligen, wenn die privaten Garantiezeichner die Hälfte der von ihnen gezeichneten Summe mit zum Leistung beitragen.

Oberbürgermeister Beutler wendet sich gegen Hartwig und dessen Antrag, und er bietet dringend, leichter abzuhelfnen, denn die Kunst muß gepflegt werden. Man sollte sich hüten, die privaten Garantiezeichner starker heranzuziehen, als dies bis jetzt beobachtet sei. Nehmen man den Antrag Hartwig an, so werde man überhaupt keine Garantiezeichner mehr bekommen. Unbedingt möge man auch bedenken, daß die Regierung ihre 60.000 M. nur zahlen will, wenn dies die Stadt thut.

Stadt. Dr. Vogel hat entdeckt, daß die Kunst nur auf goldenem Boden gedeihen könne. Er spricht im übrigen auch gegen den Antrag Hartwig.

Stadt. Dr. Ritter schlägt sich dem Vorredner an und polemisiert besonders gegen Hartwig, weil dieser gelangt hat, man sollte lieber den evangelischen Kirchenvereine unterstützen. Er (Ritter) sei zwar guter evangelischer Christ, aber für seine Unterstützung irgendwelcher Sonderbestrebungen zu haben. Wenn die Stadt in den Sadel greife, müsse dies der Allgemeinheit zu gute kommen. Redner behauptet weiter, daß in Dresden viel zu wenig für die Kunst gethan werde. Die Sorge um die Theater überasse man vollständig der Regierung, was haben dagegen andere Städte schon geleistet. Dresden könnte

Montag den 21. November, abends 8 Uhr

Gesetzliche

Modelltischler-Versammlung

in Stölzers Restaurant, Freibergerplatz.

Tages-Ordnung:

1. Die Resultate unserer Statistik.
2. Werkstatt- und Verbands-Angelegenheiten.

Bu jedem Pünkt Debatte.

Der Vertrauensmann.

Achtung! Kutscher!

Zentral-Bch. der Handels-, Transport- u. Postbeamter.

Sonnabend den 19. Nov., abends punt 1/10 Uhr

Öffentl. Versammlung

im „Trianon“, Ostraallee.

Referent:

Koll. Schumann-Berlin

Buchhändler des Central-Borländes.

Achtung! Markthelfer!

dieser Besprechung in letzter Linie. Auch er spricht natürlich gegen eine stärkere Herausziehung der privaten Garantiezeichner und meint, daß diese zu vielen Zwecken immer wieder herangezogen würden und zwar zu allen möglichen Sachen, darum dürfe man sie nicht juriös machen.

Erst fürsichtig habe der Kollege Dr. Rudolf 200 Ueberschriften wohl beißen (Betriebsbriefe) vorgetragen, weil es mit einem großen Unternehmen nicht gut siehe. Das Vereinshaus auf der Zingendorfstraße braucht große Mittel. Erst fürsichtig habe ihm ein bekannter Geldmann bezüglich der Nebengebäude zur Unterstützung des Vereinshauses gelagt: „Diesmal geht es uns schlecht“. Redner will damit beweisen, daß man die Garantiezeichner nicht allzu stark heranziehen dürfe.

Rathaus-Dartritt seinen Antrag zurückgezogen hat, werden die Rathausordnungen angenommen.

Die übrigen Punkte werden ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Die Begründung von zwei neuen Beamtenstellen im Rathaus wird billigt, ebenso zwei neue Stellen für Buchhalterei und Kasse des Stadtbauamtes.

Für das Stadtratueramt sollen 20 neue Beamtenstellen geschaffen und hierfür 37.930 M. an Gehältern verausgabt werden. Die Stadtvorordneten geben ihre Zustimmung.

So zu den nächsten dem Stadtrat zu verliehenen 20000 M. für die Befreiung der Hamburgerstraße vom Zoll.

Der öffentlichen folgt eine geheime Sitzung.

Stadt-Chronik.

Dresden, 18. November.

Die Stadtverordnetenversammlung, welche gestern abend stattfand, gestaltete sich nicht uninteressant. Die zur Verhandlung stehende Tagesordnung bot dazu weniger Anlaß; es handelt, mit Ausnahme der Bevollmächtigung der 50.000 M. zur Deckung des Defizits der internationalen Kunstaustellung, bloß unwesige Sachen zur Erledigung, die nur der Form wegen die Zustimmung der Stadtverordneten erforderten und keine Veranlassung zu einer wichtigen Debatte boten. Der interessante Alt in der gestrigen Vorstellung trieb sich in der Hauptfache vor den eigentlichen Verhandlungen. War es schon anstößig zu sehen, wie der Reichsbaumeister Hodel in seiner Unkenntnis sich für die freie Vereinigung der Handlungsschäften ins Zeug legte und Hartwig die Behauptung eines kleinen Aufschlags am Sonntag für wichtig hielt, als die ganze Sonntagskutsche im Handelsverkehr, so wurde es geradezu lustig, als Dr. Ritter sich wäre gab, daß wieder abzuschrecken, was er betrifft der Fleischwerturteilung gezeigt hatte. Was er gewollt, ist ihm gelungen; er hat bewiesen, daß er ein echter Philister ist, kein Haar besser, als die andern, ein Philister, der gestern abend aus hämmerlicher Beweisführung den Rat nicht einmal nicht abschütteln kann, manchmal drängt, die Wahrheit zu sagen.

Um lustiger aber wurde es, als Dr. Paul Adermann als moderner Don Quichotte zur Vernichtung der „Arb.-Sieg.“ auftrug. Er wollte offenbar einen großen Entrümpelungsrummel anstrengen, weil wir Lüdertheit nach dem Bürgermeisterposten zur Spitze gebracht haben. Das hat ihn durchdrungen. Nun haben wir auch dabei des in der Stadt herrschenden Klimawellen erneut. Da wollte Paul die Stadtvorordneten rütteln und die zur Entrümpelung herausfordern und dies für sich ausdrücken. Er fiel flächig damit herein. Man ließ ihn richtig reden oder vielmehr stottern und dann ging man ohne weiteres zur Tagesordnung über. Der Entrümpelungsrummel ist gründlich missglückt und Adermann wird wohl jetzt selbst einsehen, daß es besser war, wenn er nicht getrotzt hätte, daß er das Gerücht über seine Bekleidungen nach dem Bürgermeisterposten bestreikt hätte, wie er selbst nicht glaubt. Im Gegenteil lädt die Thatsache, daß die Stadtvorordneten auf Adermanns direkte Aufrüttung zum Reden, zum Entrümpeln, sich in eisiges Schweigen hüllten,

1. Beilage der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung.“

Nr. 268.

Dresden, Sonnabend den 19. November 1898.

9. Jahrgang.

Die preußischen Landtagswahlen.

III. Die Einmände gegen die Wahlbeteiligung. Vom Standpunkte einer sozialrevolutionären Politik ist gewöhnliche Befindung unserer Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen, daß eigene Wahlmänner aufgestellt werden. Nur dadurch wird die Selbständigkeit der Wahlagitation gewahrt. Würde man die Abstimmung für sozialistische Wahlmänner zur Regel machen, so würde man nicht wählen können, auch in der Agitation auf den Freiunnen Rücksicht zu nehmen oder denn die Wahlagitation würde überhaupt untergehen müssen. Diese Tatsch könnte allerdings zu einer Verzerrung unserer Klassenstellung führen. Wir dürfen es dem Proletariat keiner Augenblit verhehlen, daß die bürgerlichen Parteien, und wenn sie politisch noch so radikal thun, dennoch immer eine entschiedene Klassenfeinde bleiben; wir müssen es aber auch nicht, denn die Arbeiter führen ihre Klassenstellung selbst auf Schritt und Tritt; und deshalb hat es sich denn auch gezeigt, daß wir auch in der Praxis dann die gleichen Erfolge haben, wenn wir die Arbeiter unter ihrer eigenen Fahne kämpfen lassen, indem die dabei zu überstehenden Gefahren auch viel größer sein, als wenn sie hinter dem verdeckten freisinnigen Banner hinkriemeln. Dass die selbständige Wahlstätt auch beim preußischen Dreiklassenwahlsystem sich am besten bewährt hat, ist wieder ein Beweis dafür, daß die sozialrevolutionäre Tatsch nicht eine Schule der Dogmatiker, sondern das einzige zweitmäßige politische Vorgehen des Proletariats ist. Wenn nun mehr die selbständige Wahlbeteiligung allgemein durchgeführt wird, so fallen schon deshalb die wichtigsten prinzipiellen Bedenken gegen die Wahlagitation fort. Dann treten wir in der Wahlagitation genau so wie bei den Reichstagswahlen auf: wir kämpfen gegen alle Parteien, von den Konservativen bis auf den Freiunnen, zeigen deren ausbeuterischen Charakter, schaffen gar keine Rücksicht und fordern strikte zur Wahl von Sozialdemokraten auf.

So oft die Gegner der Wahlbeteiligung das Wort ergriffen, wiederholten sie es: „Wie kann man denn nur ein solches Abgebot machen, um ein paar freisinnige Knickerboker mehr in den preußischen Landtag zu bringen?“ Um so die Dinge darzustellen, müßte man zunächst selbst die Wahlagitation aus der Frage der Wahlbeteiligung ausscheiden, d. h. darin nichts anderes, als den Kampf um Mandate erbliden, eine Auffassung, die der bis jetzt von der Sozialdemokratie angenommenen grundlegenden Stellung zu den Wahlen schärfer zurücksließt. Die Agitation, die Aufzettelung der Massen ist uns bei den Wahlen die Hauptfache, erst in zweiter Linie kommt in Betracht, ob wir ein Mandat erlangen; und da die Wahlagitation auch beim Dreiklassenwahlsystem möglich ist, so ergibt sich schon daraus das Gebot der Wahlbeteiligung. Die Erfahrungen, die wir mit dem Kölner Schluß gemacht hatten, haben gezeigt, daß wir das Dreiklassenwahlsystem gar nicht anders bekämpfen können, als indem wir es ausüben, daß wir uns an den Wahlen beteiligen müssen, wenn wir gegen das Wahlstätt agitieren wollen — sich, daß wir in Preußen vor der Alternative stehen: entweder vor dem junfernischen Landtag ein für allemal die Waffen zu ziehen, oder uns an den Wahlen zu beteiligen. Sodann haben die Gegner der Wahlbeteiligung in ihrer Darstellung die Dinge vom verfehlten Ende angefangen: Nicht um die Freisinnigen handelt es sich, sondern um die Junker, die Freisinnigen erschienen nur, wie Franz Mehring, der ja selbst Gegner der Wahlbeteiligung war, richtig sagt, als Kanonenfutter gut genug. Die Freisinnigen sind Jägerlinge, leider kann man aber von den östlichen Jägern nicht dasselbe sagen; daß diese, wenn sie Majorität hätten, sie mit brutaler Energie auszuspielen würden, konnte nicht angezeigt werden, — das aber durch die Wahl von Freisinnigen zum Verhindern, darum handelt es sich. Und es wird zugutegelegt auch dieses Argument der Gegner der Wahlbeteiligung durch die Thatsachen entkräftet: nunmehr wird ja die Erlangung von sozialdemokratischen Mandaten auch bei den preußischen Landtagswahlen eine gewichtige Rolle spielen. Nicht dem Freiunnen zu Liebe, sondern uns selbst zum Nutzen sollen wir uns an den preußischen Landtagswahlen beteiligen: so durch energische Wahlagitation die Massen über ihre Klassenlage aufzuheben, um Zutritt in den preußischen Landtag zu erlangen, um die reaktionären Parteien zu schwächen.

Ja, aber ohne freisinnige Hilfe erlangt ihr doch eine Mandate, so heißt es nun wieder — gewiß, und wir haben selbst mit aller Deutlichkeit hervorgehoben. Wir gehen klarzuwurk darauf hinaus, die Freisinnigen für uns abstimmen zu lassen. Uns genügt das gar nicht; haben wir dem nicht auch Reichstagmandate, die nur mit freisinniger Hilfe erlangt wurden. Wir sind die „anständigen Leute“ nicht und wenn wir mit jemand zusammengehen, so mag der sehen, ob er sich dadurch nicht kommittiert; der Proletarier wird dadurch noch nicht fest, daß im Nordkamel das Gewand eines falschen Bourgeois streift; wenn so die Herren für einen „Roten“ abstimmen wollen, uns kann es recht sein. „Das ist es aber eben — wird uns nun entgegnet — mit gutem Willen kriegt Ihr die freisinnigen Stimmen nicht ab erzwingen könnte Ihr sie auch nicht.“ Die es sagen, wissen es gut, daß die tatsächliche Möglichkeit, die Freisinnigen zu zwingen, wohl vorhanden ist, daß unsere Kundschaft uns daran hindert, die freisinnigen Männerlein unterschiedlich zu zwingen. Deshalb denn? Weil möglicherweise die Freisinnigen es eher gestatten, daß ein Junfer gewählt wird, als daß sie für einen Sozialdemokraten ihre Stimme geben, und so würde die Reaktion daraus ihren Vorteil ziehen. Genau behalten, ist das dieselbe Argumentation, die der Freiunnen selbst letztes gegen ein selbständiges politisches Vorgehen der Arbeiter gewandt hat und die das deutsche Proletariat von Anfang an unzulänglich zurückgewiesen hat. Oder hat denn der deutsche Freiunnen nicht auch bei den Reichstagswahlen so oft schon den sozialdemokratischen Arbeitern zugesehen: „Was hat Ihr? Durch die Aufstellung eigener Arbeiterkandidaten stirbt Ihr nur die einsame Sache des Fortschritts und spielt der Reaktion in die Hände!“ Und wer will es leugnen, daß mancher Wahlkreis, in dem wir den Freisinnigen auf dem Sattel gehoben haben, erst nicht uns, sondern den reaktionären Parteien zuwendet? Die Gegner der Wahlbeteiligung verwirken sich hier in einem Widerstreit: einmal erklären sie, die bürgerlichen Parteien bilden die „eine reaktionäre Masse“ und es hätte keinen Sinn, daß wir uns für irgend welche der bürgerlichen Parteien besonders ins Zeug

legten, — sobald aber, wenn wir bei den Abgeordnetenwahlen den Freisinnigen erklären: „Am Ende gehört Ihr auch der einen reaktionären Masse an und wollt Ihr keinen Sozialdemokraten wählen, dann hört alleamt zum Teufel“, so erfreuen sich unsere Freisinnigen in den Betreuungen, daß wir einen Vertrag an den Grundzügen der Partei begehen, sofern wir nicht unter allen Umständen für den Freiunnen stimmen. Und wiederum entgeht etwas ihrem Gedächtnis: nämlich, daß es unsere Richtbeteiligung an den Wahlen war, welche die freisinnige Landtagsmandate eines nach dem anderen den Konservativen und Nationalliberalen ausleserte. Man konnte es schon früher aus der Wahlagitation heranziehen und diejenigen Wahlen haben es vollends erwiesen: Die Wählerschaft, die mit dem Freiunnen bei den Reichstagswahlen abgewichen haben, fehlt ihm auch bei den Landtagswahlen; in dem Moment, wo wir bei den Landtagswahlen auf dem Plane erscheinen, werden nicht nur die verlorenen freisinnigen Mandate zurückgeworfen, sondern es werden Sitz noch darüber hinaus gewonnen; die Frage ist nur, ob wir das ohne weiteres dem Freiunnen in den Schoß fallen lassen sollen als freies Geschenk dafür, daß er sich seinem politischen Wesen nach immer mehr der Reaktion annähert, oder ob wir von ihm als Gegenleistung die Abstimmung für unsere Kandidaten fordern sollen?

Wir glauben, wir befinden uns dem Freiunnen gegenüber gar nicht in einer solch verzweigten Lage, wie man es darzustellen sucht. Die Sache ist einfach: So lange wir nur die Wahl haben zwischen Freiunnen und anderen bürgerlichen Parteien, sind wir uns dessen wohl bewußt, daß es hier einen Unterschied der Interessen gibt, und stimmen für den Freiunnen. Wenn aber wir sie, die Sozialdemokratie, mit in Betracht kommen, dann erscheinen uns gegenüber alle anderen Parteien als die „eine reaktionäre Masse“ und wir gehen geradezu darauf hinaus, unsere eigenen Kandidaten durchzubringen, ohne Rücksicht darauf, ob es vielleicht einige freisinnige Mandate weniger und konservative Mandate mehr zur Folge hat. Diese Erfahrung haben die Freisinnigen bereits wiederholt bei den Reichstagswahlen gemacht und sie werden sie auch bei den Landtagswahlen machen müssen. Das kann ihnen nicht früh und nicht eindringlich genug eingeprägt werden.

Wir haben noch einen Einwand zu besprechen, der in der letzten Zeit gemacht worden, der sich aber nicht eigentlich direkt gegen die Wahlbeteiligung wendet, sondern auf eine unangenehme Nebenwirkung verweist. Nachdem es sich gezeigt hat, daß die Arbeiter auch beim Dreiklassenwahlsystem einiges, wenn auch noch so minimales, erreichen können, wird der Einwand, den eine etwaige Verschärfung des Reichstagwahlrechts hervorrufen würde, in der bürgerlich-demokratischen Oeffentlichkeit abgeschwächt. Wir

fassen die Sache vom umgekehrten Ende auf. Es hat sich gezeigt: 1. daß die Oeffentlichkeit der Wahl kein Hindernis mehr für die Sozialdemokratie ist; 2. daß auch die Dreiklassen-einteilung kein sicheres Werkzeug mehr gegen die Sozialdemokratie ist. Das gilt für Preußen, um so mehr für das Reich. Ist das aber ein Aufall? Nein. Es gab eine Zeit, wo die Oeffentlichkeit der Wahl für die Partei ein großes Hindernis gewesen wäre, — aber eine Partei von 2½ Millionen Wählern ist schon längst über die Schranken des Geheimnisses hinausgewachsen, darum kann uns die Abschaffung des geheimen Wahlfahrtsverfahrens nicht den erwarteten Schaden zufügen. Und wie ist es mit der Dreiklassen-einteilung? Hier sorgte die wirtschaftliche Entwicklung für die Abschwächung der Wirkung: das Handwerkerrecht ist in das Proletariat heruntergefallen, die Städte haben die Bevölkerung zusammengewürfelt, und so entstand jener groteske Mixmach der preußischen Wählerlisten, den man so viel belacht hat. Und das Ergebnis? Die reaktionären Ankläge, die sich in diesen Gedankentreisen bewegen haben, sind von der deutschen Arbeiterklasse ad absurdum geführt, noch bevor sie verwirklicht wurden — wir haben den Sieg, noch bevor die Schlacht geschlagen wurde. Deshalb freilich geschieht der Reaktion noch kein Abbach: sie wird auf andere Mittel fassen müssen. Das ist nach dem Ausfall der preußischen Landtagswahlen jedenfalls klar: auf dem Gebiete des Wahlrechts hilft gegen die Sozialdemokratie nichts, als die reine Zensurwahl, der völlige Ausschluß der Arbeiter vom Wahlrecht. Sollten die reaktionären Parteien wirklich bereits zu dieser Erkenntnis gelangt sein, zu der sie so einstens kommen müssen, so bedeutet dies nur eine Verkürzung der Erwartung. Das wir aber auch mit dem Schlimmsten fertig werden, dafür sind die preußischen Landtagswahlen wiederum ein Beweis; und daß diese Erkenntnis in den Arbeiterkreisen Platz greift, ist ein viel gewichtigerer politischer Faktor, als die moralische Entrüstung der bürgerlichen Demokratie.

Die Revision der Einmände gegen die Wahlbereitigung, die wir nunmehr nach der Provinzial vorgenommen haben, hat uns zu der Überzeugung geführt, daß die Wahlbeteiligung durchaus unseren alten sozialen Grundsätzen entspricht. Und doch hielt es Vogelschaupolitik treiben, wollte man leugnen, daß die Frage der preußischen Landtagswahlen eine gewisse Bewirrung in der Partei gebracht und den positiivistischen Neigungen Vorwurf gelehnt hat. Wie das kam und worin hier der Grund liegt, soll nunmehr untersucht werden.

Pv.

Die von den Amerikanern beanspruchten Philippinen-Inseln.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Vereinigten Staaten die ganze Inselgruppe der Philippinen-Inseln ebenfalls als Kriegsbeute von den Spaniern beanspruchen und das unterlegene Königreich kann aus eigener Macht nichts dagegen thun. Der enorme Gebietzuwachs an neuem Kolonialbesitz, den die Vereinigten Staaten dadurch gewinnen würden, geht aus unserer bei-schenden Karte deutlich hervor. Diese enthält die gesamte Inselgruppe der Philippinen, die Hauptstadt Manila, die bekanntlich durch ein unterseisches Kabel mit Hongkong verbunden ist. Zahlreiche regelmäßige Schiffsanschlüsse stellen die Verbindung zwischen den einzelnen Höfen der Philippinen-Gruppe her und sind in unserer Karte, sofern sie spanische Schiffs-Gesellschaften betreffen, durch eine einfache dünne Linie bezeichnet. Die von fremden Schiffs-Gesellschaften befahrenen Routen sind durch Strichlinien bezeichnet. Die Inselgruppe der Philippinen, die nördlich im östlichen Archipel erstreckt sich vom 5. bis 20. nördl. Breitengrade und vom 117. bis zum 127. Grade östlicher Länge. Sie sind bekanntlich seit dem Jahre 1569 mit einer kleinen Unterbrechung (1762–1764) in spanischem Besitz, haben jedoch unter der Machtwirkung, die sich im Kriege im empfindlichsten Weise überall in ihren schweren Folgen fühlbar gemacht hat, so sehr zu leiden gehabt, daß die Aufstandsbewegung nur eine natürliche Konsequenz dieses Zustandes war. Die ganze Inselgruppe, einschließlich der 1851 von den Spaniern annektierten Sulu-Inseln, umfaßt mehr als 1000 Inseln, mit einem Gesamtflächeninhalt von 206 000 Quadratkilometern und 7 Millionen Einwohnern. Die größten Inseln sind Luzon, auf der die Hauptstadt Manila liegt, Mindanao, Samar, Negros, Palawan, Mindoro, Leyte, Jebo, Bohol, Panay, Banau und Masbate. Auf den Inseln sind zahlreiche noch thätige Vulkane, und Erdbeben gehören zu den häufigsten Naturereignissen. Die Hauptstadt Manila ist von drei Vulkanen umgeben und hat wiederholt durch Erdbeben schwer gelitten.

Der Reichtum der Inseln an Metallen ist außerordentlich groß, doch liegt er fast unbekannt. Gold und Eisen finden sich überall verbreitet, ersteres namentlich auf Mindanao, sowie in den Bergen von Cebu, auf Sulu u. s. w. Auch Braunkohlen, Schwefel, Quecksilber, Kupfer, Tinmin, Malum und Bergkristalle. Das Flanzen-Wachstum charakterisiert sich durch einen großen Reichtum an Palmen, Bananen und vor allem an Gewürzplantagen aller Art.

Die Industrie ist gering, ausländische Aktiengesellschaften bewegen einen Teil der Metallbergwerke und Braunkohlenminen aus, der Handelswert beruht auf der Vermittlung durch die Chinesen, die Schiffe befinden sich vorwiegend in britischen Händen; etwas über 12 Proz. derfelbe ist deutsch. Die Verkehrswege befinden sich in einem höchst mangelsamen Zustande, was den wirtschaftlichen Aufschwung sehr behindert.

Die bisherige spanische Staatsgewalt ruhte in den Händen eines Generalkapitäns. Die Inseln wurden in 43 Provinzen, unter Stad-



und Militärgouverneuren unterteilt. Die Stadtkennzeichen bedecken niemals die Stadtausgaben. Größtes Dorf auf den Inseln sind: Die Hauptstadt Manila mit 155 000 Einwohnern, Lipa mit 44 000 Einw., Bauan (36 000 Einw.), Batangas (35 000 Einw.), und Cavite (31 000 Einw.). Von Gilabahan ist eine kurze Straße (Binalang) fertig, und 192 Kilom. sind im Bau, die Telegraphenlinien sind 260 Kilom. lang, die Fernsprechlinien ca. 1000 Kilom.

Deutschland besitzt formell keine Besitzungen auf den Inseln Cebu, Samar, und in Manila.

Auf Abzahlung!

Herrn-Anzüge von Mt. 22,- an.
Winter-Paletots von Mt. 20,- an.
Pelerinen von Mt. 22,- an.
Juppen, schittert von Mt. 10,- an.
Hosen von Mt. 7,- an.
Kraubauanzüge u. Mäntel von Mt. 5,- an.
Normal-Wäsche, Stiefel-Hüte, Schirme.
Uhren in Gold und Silber.
Regulatoren.

S. Sachs

Rennstr. II, 1. u. 2.
neben Hotel "Stadt Rom" an der Kleinen Kirchgasse.

Auf Abzahlung!

Damen-Kleider, farbig von Mt. 20,- an.
Damen-Kleider, schwarz von Mt. 25,- an.
Damen-Blousen, hell und dunkel von Mt. 3,- an
in eleganten Farben.
Jackets und Röcke von Mt. 7,- an.
Radmäntel u. Umhänge von Mt. 8,- an.

S. Sachs

Rennstr. II, 1. u. 2.
neben Hotel "Stadt Rom" an der Kleinen Kirchgasse.

Auf Abzahlung!

Möbel
gemalt und lackiert.
Pläsch- und Rips-Garnituren.
Sofas und Matratzen, Betten, Stepp- und Schlafdecken.
Teppiche (Münster) von 10 Mt. an bis zu den feinsten Qualitäten.
Kinderwagen, vollständig mit Ledernach ausgeschlagen, von Mt. 25,- an.

Großes Lager von **Musikwerken** und Zithern.

S. Sachs

Rennstr. II, 1. u. 2.
neben Hotel "Stadt Rom" an der Kleinen Kirchgasse.

Auf Abzahlung!

Kleider - Stoffe in großer Auswahl.
Bettzeuge, Garnituren, Blanell, Leinenzense.
Damen-Unterrocke in Seide, Wolle, Halbwolle und weiß.
Zisch- und Bettdecken von Mt. 3,- an.
Portieren- u. Bäuerlestoffe, Gardinen.
Mädchen-Mäntel, Preisvorlagen.
Kinder-Kleider von Mt. 1,- an.

S. Sachs

Rennstr. II, 1. u. 2.
neben Hotel "Stadt Rom" an der Kleinen Kirchgasse.

Auf Abzahlung!

Richard Flach & Co.

empfehlen selbstgefertigte, elegant sitzende
Arbeitsanzug und **Oberhemden**.
Große Auswahl in Kragen, Manschetten, Uniformhüden, Nachhüden, Vorhängchen, Serviettens, Hosenträgern, Strümpfen, Socken u. sämtl. Trikotagen. In Gravaten viele größte Neuerungen.

Annenstrasse 11 Altstädtischer Rathaus
Stadttheater - Eckladen Scheffelstrasse.



12

12

C. Robert Keine

empfiehlt

Elegante Jackett-Anzüge

von 14 bis 36 Mark.

Rock- und Gehrock-Anzüge

von 24 bis 46 Mark.

Hochlegante Paletots

von 15 bis 45 Mark.

Hohenzollern - Mäntel

von 14 bis 45 Mark.

Loden-Joppen

warm gefüttert, von 5 bis 18 Mark.

Beinkleider

von 1,50 bis 16 Mark.

Knaben- u. Jünglings-Joppen

von 2,50 Mark an.

Knaben-Anzüge

in größter Auswahl.

Knaben-Paletots u. Mäntel

in allen Preislagen.

Großes Stoffe-Lager

zur Anfertigung nach Maß.

Garantie für tadellosen Sitz.

Billigste feste Preise.

C. Robert Keine

12 Marschallstrasse 12.

Man überzeuge sich

von den großen reichhaltigen Herbst- und Winter-Saison-Neuerungen von **Schuhwaren** aller Art, besonders losid, dauerhaft und zu außergewöhnlich billigen Preisen. Anfert. gern gestaltet auch ohne Kasten.

Louis Radzick, Alaunstr. 3 (am Albert-Theater).
Mas. u. Reparatur-Annahme, auch f. Gummischuhe baselit.
Fabrik: Böhmishe Straße 4.

Zur Winter-Saison

Pelz-Waren

Mäuse, Kragen, Varetts, Winter-Mäntel, Hüte in Velour und Filz, sowie Schirme.

Große Auswahl. — Billige Preise.

Max Manke, Schleicher.

Annenstrasse 2, Ecke Postplatz.

S. Sachs

Rennstr. II, 1. u. 2.
neben Hotel "Stadt Rom" an der Kleinen Kirchgasse.

Auf Abzahlung!

empfiehlt mein reichhaltiges Lager in

Getragene Gardeobe, Damen, Wäsche, Schuhwerk u. alle Sorten Arbeitshosen, bl. Mäntelchen-Anzüge, nur pr. Ware.

empfiehlt Domöhl, Reichshofplatz 1.

J. Wiesch, Schuhmachermeister, jetzt Zwingerstr. 25, früh. Bettinerstr.

Ein einziges Mal Palmin

versucht und Sie gehen nicht mehr davon ab. Palmin, ein reines Pflanzenfett, ist billiger u. jedes andere Fett, weil nur 65 Pfennig das Pfund, dabei fettreicher wie die beste Butter. Palmin ist monatelang haltbar, weil frei von jeder Fettsäure. Machen Sie nur einen kleinen Versuch mit einer 10 Pfennig-Probe. Überall zu haben.

Generalvertreter: **Ranft & Etzold, Dresden - Altstadt.**

Konsum-Verein Vorwärts

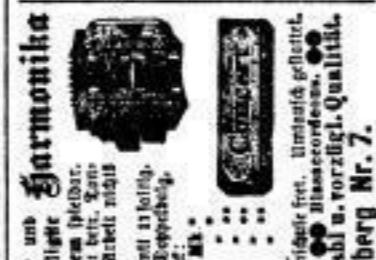
empfiehlt seine reischnackenden gebrannten



per Pfund:
80, 92, 100, 120, 140,
160 und 180 Pf.

Roh-Kaffee

zu den billigsten Preisen.



Prachtinstrumente „Recordina“

mit einem neuen Kasten. Deutlich billiger als bisher. Das Beste, das seit Jahren kein anderes Instrument kostet.

Für Klavier, Orgel, Harmonium, Accordéon, etc. in großem Ausmaß u. vorzügl. Qualität.

zu den billigsten Preisen.

Preis 50 Pf. täglich bei Auktionsauktionen.

oder bei den Auktionshäusern.

Gute Auswahl in allen Sorten.

Tabakspfeifen, Spazierstöcken,

als passendes Weihnachtsgeschenk.

empfiehlt die Drechsler von H. Franke, Ziegelstr. 60

vis-à-vis vom Königl. Amtsgericht.

zu den billigsten Preisen.

Bettfedern, Daunen, Fertige Betten.

faust man billig und gut bei Pauline Waldau

Löbau, Löbtau, Wilsdrufferstraße 13 b.

Frauen und Mädchen

benutzen zur Erfrischung u. Verjüngung ihres Teints nur

Großherzoglich-Preußischen Seife

(System Kneipp).

Preis 50 Pf. täglich bei Auktionsauktionen.

oder bei den Auktionshäusern.

Gute Auswahl in allen Sorten.

Tabakspfeifen, Spazierstöcken,

als passendes Weihnachtsgeschenk.

empfiehlt die Drechsler von H. Franke, Ziegelstr. 60

vis-à-vis vom Königl. Amtsgericht.

zu den billigsten Preisen.

Hemden, Strickwesten, Unterhosen, Strümpfe.

sowie alle anderen Unterzeuge aller Art für Erwachsenen und Kinder

solid und billig.

28 Ernst Venus

Dresden, Annenstraße 28.

Zum Totenfest

offizielle:

Große Boten, Palmzweige, Gransblumen,

Granslaub, Wachholzien,

Statice, Seidenpavlier.

Fiktige Einzugszeiten 1. Picknickfest.

Blumen-Fabrik

Hesse

Scheffelstr. 12, 2., früh. Bahnhg.

Bilder, Spiegel

Hardinenstangen

Bilderleisten

empfiehlt in großem Ausmaß zu billigsten Preisen.

Franz Donath

19 Annenstraße 19

im Hofe rechts.

Bilder werden schön u. billig

eingekaut.

Luise Reichelt

Alaunstraße 82, 2

empfiehlt sich gehobenen Damen zu

Anfertigung eleganter und einfacher Garderobe.

Rauchen Sie

meine beliebte Flor Mund-

Cigarre, dann können Sie

viel Geld sparen. 200 St. 3,50 M.

300 St. 4,70, 500 St. 7,20 M.

1000 St. 13 M. re. Radikal-

Rein Rönto. Umtausch gelöst.

Jeder Bestellung versch. Muster und

beispielhaft. Adr.: Cigaretten-Zigaretten

A. Stanek, Brand I. S., H. 6.

10 Rover

unter Damen- und Kinderblättern,

unter Garantie spottbillig zu ver-

H. Günther, Böhmishe Str. 23.

17 Wilsdrufferstr. 17, 1. Etage.

Nicht Jeder kann bar kaufen!

Es ist daher eine Wohlthat für den Minderbemittelten, gleichviel ob

Arbeiter! Handwerker! Bürger! Beamter!

seinen Bedarf für den Winter bei kleiner Anzahlung und leichtester Abzahlung decken zu können.

■ Ich verkaufe, so lange der Vorrat reicht: ■

Prachtvolle Herren-Winter-Abendjäger von 25 M. an
Anzahlung nur 8 M. — Abzahlung Woche 1,50 M.

Warme Herren-Pelerinen-Mäntel von 30 M. an
Anzahlung nur 8 M. — Abzahlung Woche 1,50 M.

Praktische Herren-Winter-Joppen von 12 M. an
Anzahlung nur 4 M. — Abzahlung Woche 1 M.

Elegante Herren-Chèvrot-Anzüge von 30 M. an
Anzahlung nur 10 M. — Abzahlung Woche 2 M.

Eleganten Winter-Anzug von 36 M. an
Anzahlung nur 8 M. — Abzahlung Woche 1,50 M.

Feste Winter-Damen-Jackets von 7,50 M. an
Anzahlung nur 3 M. — Abzahlung Woche 1 M.

Elegante Capes, Kragen, Umhänge von 5 M. an.

Modernen Krimmer-Paletot von 36 M. an
Anzahlung nur 10 M. — Abzahlung Woche 2 M.

Familien-Nähmaschinen nur 90 M. Anzahlung 10 M. Woche 1 M.

Carl Klingler, Wilsdrufferstr. 17, 1. Et.

Fernsprecher Nr. 652, Amt I.

17 Wilsdrufferstr. 17, 1. Etage.

C. Diessners Restaurant

35 Freibergerstraße 35

empfiehlt hierdurch seine freundlichen Lokalitäten einem werten Publikum.
kräftiger Mittagstisch, fl. Biere, sowie
hochfeine feste Küche.

Hente Sonnabend: Schlacht-Fest.

Restaurant Zur Linde

Nausslitz

bringt seine schönen, geräumigen Lokalitäten in freundliche Erinnerung.
Jeden Sonnabend und Sonntag

Großes Freikonzert.

Um günstigen Besuch bitten

August Lorenz.

Gustav Beckers Restaurant „Zum Waldpark“

Blasewitzer Straße 61

empfiehlt seine großen Gott- und Gesellschaftsräume mit Gesellschaftssaal zur gell. Verwendung für Vereine, Klubs, Ballstellen usw. u. wo hierbei empfohlene hochfeine Biere nur erster Brauereien, bürgerlichen, kräftiger Mittagstisch à 35 und 40 Pf. Stamm zu jeder Zeit, sowie große Auswahl aller Speisen.

Gesellschaftssaal für Sonnabend noch frei.

Um freundliche Berücksichtigung bitten D. O.

— Telefon 479, Amt I. —

Ficklers Restaurant

Neubertstraße Nr. 7, am Bürgerhospital.

Empfiehlt hiermit meine freundl. Lokalitäten, sowie hochfeine Biere und gute Speisen einem geckten Publikum zur geneigten Abzahlung. Th. Fickler.

Zur Beachtung!
Bei Ausflügen nach Meißen empfiehlt den in Gemeinschaften und Vereinen meine Lokalitäten, große gesküste, geränden und Konzertgäste, 1000 Personen fassend, bürgerliche Stücke, kleine Preise, fl. Biere und Weine. Parole: „Bergkeller“, Cölln, auf dem Kaisberg.

Paul Hübner
früher Zwiedauerstraße, Dresden.

ROVER
werden nach festgehabtem Umpang, um schnell damit zu räumen, spottbillig abgegeben bei
E. Rossbach
Fahrrad-Handlung, Löbtau, Wilsdrufferstr. 45.

Carl Hund's Restaurant Zur Börse

— Bieschen —

empfiehlt sich unter Zuüberzeugung vorzüglich Speisen und Getränke, sowie ausmerklamer Bedienung einer geneigten Beachtung.

Nachdruck verboten!

Der feine Adolar.

Auf jedem Ball war Adolar
Der Damen Stolz und Freund;
Doch falt die ganze Männerchar
Betrachtet ihn voll Reid.
Wie figt sein Brust so tadellos!
Wie ist sein Auct so fein!
Und erst die Hose, wie famos
Umblümchen sie sein Bein.
Man torche bei ihm ganz eifrig nach,
Wer wohl sein Veterant?
Bis endlich er sein Schweigen brach,
Hat einfach ihn genannt.
Die „Goldne Eins“ ist's, die mich
macht
Zum noblen Kanalier,
Und diese ganze Kleiderpracht,
Gib für ganz billig mir.

Herbst- u. Winter-Saison 1898/99.

Herbst- und Winter-Paletots in allen Farben und Qualitäten, M. 8, 9, 14, 18, 22 und höher. Pelzrinnen- und Hohenzollern-Mäntel M. 12, 14, 17, 20 und höher. Rock- und Jackett-Anzüge bei mir wie bekannt reell und gut, M. 7½, 8½, 11, 14, 19, 24 und höher. Einzelne Hosent in allen Stoffen, Größen und Weiten, M. 1½, 2½, 4, 6, 7½, und höher. Jacken in Loden, Duffel und Buddens, in tollsofia Auswahl, M. 4½, 5½, 6½, 7½, 8½, 9, 10 und höher. Burschen- und Knabenanzüge, sowie Mäntel, M. 2, 3, 5, 7, 9 und höher. Schätz-röcke, M. 8, 10, 12, 15 und höher.

Jeder Käufer, der bei mir von 10 M. an kauft wird auf Verlangen bei der

Ansatzversicherungs-Aktien-Gesellschaft
„Securitas“ zu Berlin

gegen tödlichen Unfall in Höhe von

Mk. 1000

gratuit auf 1 Jahr versichert und erhält Prämie.

Dresdens vorteilhafteste Einkaufsstätte
für Herren- und Knaben-Garderoben.

Goldne Eins

(Inh. Georg Simon)

1., 2. u.
3. Etage

Frack-Verleih-Institut.

Circus Corty-Althoff.

150 Pferde. ■ 150 Personen.
Dresden, am Ende der Freibergerstr.
Tägl. abends 8 Uhr. Gala-Vorstellung Tägl. abends 8 Uhr
mit stets neuem, prachtvollem Programm.
Mittwochs und Sonnabend 2 Vorstellungen, 4 und 8 Uhr.
■ Räheres die Zettel und Säulen. ■
Vorbedahm - Verbindung nach allen Richtungen der Stadt.

■ Neu eröffnet! ■

Oppelvorstadt. Oppelvorstadt.

Größtes Lager in

= Schuh- und Filzwaren =
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre bei unübertroffener Solidität und billigster Preisstellung.

Vertrauenshaus ersten Ranges.

Wolf & Berthold.

Hauptgeschäft: Hechtstraße 4.

Zweites Geschäft: Förstereistraße 32.

Jeder bei uns gekaufte Schuh wird bei uns selbst in eigener Werkstatt repariert.

Lange Stiefel v. 13 M. an Damen-Stiefeletten v. 4 M. an
Schäfer-Stiefel v. 6 M. an Halbschuhe! Damen v. 3 M. an
Herren-Stiefeletten v. 4 M. an Halbschuhe! Herren v. 3,75 an

Kinderschuhe in allen Preisschichten.

Filzantoffel für Herren und Damen, Paar 1 Mark.

Den legenheit, ein Markt, auf der
Markt sich die
Hilfskräfte d
an China zu
jorgen, das
dass Amerika
einem Wirt
lunden Erd
Kämpfe dür
einen weiter

Für Ringen, das
bereitet. D
und Europa
retten? Ne
richtig: „We
leiste durch
duktivkräften
und die grü
Daburk, da
und die M
trifft auch
noch der E
überbreit
Wettbewerb
kräfte über
die Welt ei
noch mehr
Wohlstand, f
darübersetzen

1898/99. ■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

■

</